

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 38 Pf. frei und franco. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Zeile 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Verordnungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengelände und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Vorfriede.

Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls in London beendet einen Abschnitt in der Lösung der orientalischen Frage und eröffnet neue Möglichkeiten weltpolitischer Entwicklung, denn dieser Friedensvertrag bedeutet keine definitive Lösung weder für die Sieger noch für die Besiegten.

Die Balkanstaaten stehen jetzt vor dem Problem der definitiven Abgrenzung ihrer Gebiete. Die an sich wegen der Nationalitätenmischung schon sehr schwierige Frage ist durch die Verschiedenartigkeit des Kriegsglücks und durch die Politik der Großmächte noch komplizierter geworden. Indem Österreich Serbien den Zugang zur Adria verwehrt und so den wichtigsten wirtschaftlichen Zweck vereitelte, den das serbische Bürgertum durch den Krieg zu erreichen hoffte, schuf es zugleich den jetzt mit so großer Schärfe zutage tretenden Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien. Da der Weg zur Adria versperrt ist, will Serbien freie Bahn über Mazedonien und Saloniki an das Ägäische Meer. Deshalb will es die im Bündnisvertrage Bulgarien zugestandenen mazedonischen Gebiete nicht herausgeben, deshalb verlangt es, seine Grenze unmittelbar an die griechischen zu rücken und hat mit Griechenland einen Verteidigungsvertrag gegen Bulgarien geschlossen, um Griechenland im Besitze Salonikis, der ein Freihafen werden soll, zu schützen.

So ernst aber auch diese Differenzen sind, so ist es doch heute noch das Unwahrscheinlichere, daß es zwischen den Balkanstaaten zum Kriege kommen wird. Dazu sind die Völker zu sehr erschöpft und dagegen spricht auch das Interesse Rußlands, das seine durch die Fehler der österreichischen Politik neu gestärkte Stellung nicht durch einen solchen Krieg entwertet lassen will.

So ist die Meinung berechtigt, daß schließlich auf dem Balkan zunächst Ruhe werden wird. Wie lange freilich diese unfertigen Staaten, zu denen noch das Kunstgebilde Albanien kommt, Frieden halten werden, bleibt zweifelhaft. Denn die sozialdemokratische Lösung der balkanischen Einheitsrepublik, in der sowohl die Nationalitätenfragen wie die wirtschaftlichen Interessen ausgeglichen werden könnten, findet an den rivalisierenden Gegnerschaften der herrschenden Schichten vorläufig noch unüberwindbaren Widerstand.

Noch wichtiger aber für das übrige Europa als die Zukunft der Sieger, ist die des Besiegten. Schon jetzt hat die Niederlage der Türkei weltpolitische Wandlungen von großer Bedeutung angebahnt. Und als eigentlicher Sieger aus den mörderischen Kämpfen der anderen geht England hervor. Die türkische Revolution schien die Wiedergeburt der Türkei einen Moment lang zu bedeuten. Das Erstarken der Türkei aber war eine Drohung für das britische Reich, das an seinen wichtigsten weltpolitischen Stellungen, in Cypern, in Ägypten, am Persischen Golf, türkisches Gebiet inne hat. Und diese Drohung schien um so gefährlicher, da der deutsche Imperialismus die Türkei in Dienst und Achtung seiner Weltpolitik gestellt hatte. Die Niederlage der Türkei sichert für absehbare Zeit die englische Weltstellung. Zugleich beendet sie die Liquidierung der Stellung, die Deutschland bisher in der Türkei inne hatte. Dabei die Abschwächung des deutsch-englischen Gegensatzes. Die Bagdadbahn scheidet als militärisch-politischer Faktor aus der deutsch-englischen Rechnung, England und Deutschland finden in dieser Frage eine gegenseitige Verständigung. Die Bagdadbahn endet bei Basra, der Persische Golf mit dem ganzen Mündungsgebiet des Tigris und Euphrat wird unbestrittene englische Einflusssphäre.

Zugleich hat die geschickte Leitung der englischen Diplomatie das moralische Prestige Englands außerordentlich gestärkt. England erscheint den Völkern im Osten mächtiger als je und die nach Asien zurückgedrängte Türkei beugt sich für den Versuch einer Reorganisation ihrer Verwaltung und Neugestaltung ihres Staates englische Beamte, englische Hilfe zu gewinnen. Der Einfluß Englands in Vorderasien scheint wieder im Wachsen zu sein, zugleich erscheint die Türkei mehr als je auf das Niveau einer Kolonie herabzusinken. Dies bedeutet aber zugleich, daß die orientalische Frage, die freilich im Zeitalter des Imperialismus ein ganz anderes Ansehen gewonnen hat, mit all ihren Gefahren offen bleibt. Zu dem alten Problem von Konstantinopel und den Meerengen tritt in stets steigender Bedeutung das neue der asiatischen Türkei hinzu. In Syrien, in Armenien, in Arabien harren Aufgaben der Lösung, die auch eine weitaus stärkere Staatsmacht als die türkische kaum bewältigen könnte, selbst wenn sie nicht ununterbrochen auf die rivalisierenden und ihr oft feindlichen Interessen Deutschlands, Rußlands, Englands und Frankreichs stoßen würde. Je lebensunfähiger sich aber die Türkei erweist, desto größer

die Versuchungen für die Mächte, aktiv einzugreifen und Teile ihres Gebiets in eigene Kolonien zu verwandeln.

Und noch ein Punkt bedarf besonderer Hervorhebung. Die Abschwächung des deutsch-englischen Gegensatzes, die während der jüngsten Entwicklung zunächst eingetreten ist, hat sich auch in der Abnahme des gegenseitigen Vertrauens zur See geäußert. Zugleich aber hat sie Deutschland die ungeheure Vermehrung des Heeres gebracht. Der Verminderung des deutsch-englischen Gegensatzes entspricht so die Vergrößerung des deutsch-französischen und des deutsch-russischen Gegensatzes, der gerade durch die deutsche Heeresvermehrung, wenn nicht erzeugt, so doch offenbar geworden ist. Das Vertrauen zu Lande mit Rußland ist aber womöglich noch sinnloser und aussichtsloser als das Vertrauen zur See mit England. Trotz aller Reaktion hat die russische Revolution der ökonomischen Entwicklung Rußlands freie Bahn gebrochen und diese eilt mit Riesenschritten voran. Schon die letzte Hochkonjunkturperiode hat in Rußland viele finanziellen Wunden geheilt, die die Revolution und der japanische Krieg geschlagen hatten. Noch ein oder zwei solcher Perioden und die russische Macht steht stärker als je da. Dies bedeutet aber für Deutschland bei der Fortdauer des bisherigen Systems die Verhinderung zu weiterer Heeresvermehrung und befreit England von der Sorge der deutschen Seerüstungen; von der anti-englischen Flottenpolitik muß Deutschland zur anti-russischen Heerespolitik zurückkehren, von der See- zur Kontinentalpolitik.

So bedeutet der Balkankrieg auch für den deutschen Imperialismus eine wichtige Wendung. Die asiatische Politik, die die aussichtsreichste erschien, erscheint heute erfolgloser als je und sicher bleiben nur die ungeheuren Lasten und die ungeheuren Gefahren, die diese Rüstungspolitik, die immer mehr zum Selbstzweck wird, über die Nationen verhängt. Um so energischer, zielbewußter und ausdauernder muß daher die Arbeiterklasse aller Länder im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus sich zusammenschließen.

Außerungen der Balkandelegierten zum Friedensschluß.

London, 30. Mai. Nach Danew's Rede erklärte Popowitsch, die montenegrinischen Delegierten seien äußerst unzufrieden mit den Bedingungen, die sie gezwungen worden seien anzunehmen. Da England eine führende Rolle dabei übernommen habe, Montenegro Sutaris zu berauben, so betrachteten sie es jetzt als ihren Schuldner und erwarten von ihm, daß es ihnen wenigstens eine Aenderung der albanischen Grenze verschaffe, welche ihnen anbaufähiges Land und eine natürliche Straße zwischen Podgoriza und Zwet gebe.

Stuludis (Griechenland) verlas eine Erklärung, wonach die griechischen Delegierten den Vertrag auf das ausdrückliche Versprechen der türkischen Delegierten hin unterzeichnet haben, auf der heutigen Sitzung die Erklärung abzugeben, daß die Verträge und Konventionen, die vor dem Kriege zwischen den beiden Regierungen in Kraft waren, mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wieder volle Gültigkeit erlangen würden. Osman Nisami erklärte, er bestreite zwar nicht das Prinzip der Erneuerung der Konventionen, er habe aber die Instruktionen nicht erhalten, die er an jenem Vormittag zu erhalten hoffte.

Zum Schluß kündigte Danew an, daß nach Beratung unter einigen Delegierten beschlossen worden sei, daß ein Zusatzprotokoll zu dem Vertrag unterzeichnet werden soll, wonach der Vertrag unmittelbar nach der Unterzeichnung in Kraft tritt. Die serbischen, griechischen und montenegrinischen Delegierten erklärten, dies sei das erste, was sie von einem solchen Zusatzprotokoll hörten und sie hätten keine Vollmacht, es zu unterzeichnen. Grey erklärte darauf den Delegierten, die Räume des Palastes ständen zu ihrer Verfügung, wenn sie die Beratung fortzusetzen wünschten, und verließ dann den Palast. Die türkischen und bulgarischen Delegierten unterzeichneten sodann das Zusatzprotokoll, worauf die Delegierten beschlossen, Montag oder Dienstag im Palast zusammenzukommen, um das Protokoll der heutigen Verhandlungen zu genehmigen.

Verständigung zwischen Bulgarien und Griechenland.

Wien, 31. Mai. Die „Politische Korrespondenz“ meldet von amtlicher griechischer Seite aus Saloniki: In der Unterredung mit Sarafow erklärte Venizelos, es sei dringend geboten, Zwischenfällen wie den letzten betroffenen Zusammenstößen zwischen griechischen und bulgarischen Truppen durch eine freundschaftliche Verständigung zwischen den Regierungen der Verbündeten über die Verteilung der eroberten Gebiete ein Ende zu setzen. Im Hinblick auf den Abschluß des Vorfriedens sei es an der Zeit, daß die Leiter der Geschäfte der Verbündeten sich an den Tisch setzten, um Meinungsverschiedenheiten durch gegenseitige Zugeständnisse beizulegen. Sollte es sich als unmöglich erweisen, ein Einvernehmen zu erzielen, wäre die Lösung der Differenzen einem Schiedsgerichte anzuvertrauen. Die Antwort Sarafow's war vom gleichen friedlichen Geiste erfüllt und ungefähr in gleichem Sinne gehalten wie die Worte Venizelos's.

Vertagung der Begegnung der Ministerpräsidenten.

Sofia, 31. Mai. Die Begegnung des Ministerpräsidenten Geshow mit dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch ist vertagt worden.

Eine Beratung der Delegierten des Balkanbundes.

London, 31. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, berieten in ihrer heutigen Zusammenkunft die vier Balkanmissionen über die Einleitung von Verhandlungen über besondere Abmachungen mit der Türkei wegen verschiedener Fragen, die aus dem Kriege hervorgegangen und nicht durch den Friedensvertrag geregelt sind. Die gefaßten Beschlüsse werden den türkischen Delegierten vorgelegt werden, um zu einem gemeinsamen Plan für die nächste Zusammenkunft am Montag zu gelangen. Am Montag werden die Delegierten ihre Entscheidung über den Ort der Verhandlungen und über die Fragen, die noch ihrer Lösung harren, treffen.

„Hagelichlag“ in Elsaß-Lothringen.

Aus dem Reichstage. Bei der Fortsetzung der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen kam am Sonnabend einer der meistgenannten Männer in der Angelegenheit, der elsass-lothringische Unterstaatssekretär Mandel, zu Wort. Man vermutet in ihm den eigentlichen Vater aller gegenwärtigen Hindernisse. Schon am Freitag war der Herr auf der Bundesratsstraße dadurch aufgefallen, daß er gelegentlich den sozialdemokratischen Redner durch Zwischenbemerkungen unterdrückte, ein Verhalten, das man bei den streng gemessenen norddeutschen Regierungsbureaukraten nicht gewohnt ist, und das auch augenscheinlich die lebhafteste Mißbilligung des Oberbureaukraten Bethmann Hollweg erregte.

Wenn der Herr Mandel aber keine schlimmeren Eigenschaften hätte als diese und als eine etwas polternd-urwüchsige Redeweise, die der Reichstag am Sonnabend kennen lernte, so könnte er uns schließlich noch besser gefallen als das übliche Aufgebot der Regierungsvertreter. Leider ist aber die natürlichere Art des Süddeutschen nur eine Keuschheit des Herrn Mandel. Im Innern ist er ein neudeutscher Reaktionär, der sich vor keiner seiner preussischen Regierungskollegen zu verstecken braucht. Es war geradezu erbarmungswürdig, daß der Herr nichts anderes zu sagen wußte, als die dürrigen Argumente seiner schriftlichen Bearbeiter noch einmal zu wiederholen.

Dabei entschlipfte ihm freilich manch urkomische Bemerkung. So schilderte er die Bauern, Handwerker und Arbeiter des Elsaß als Männer mit deutscher Gefinnung, die eigentliche Bourgeoisie dagegen taugte nichts. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde ihm von sozialdemokratischer Seite das zwischengegriffen, daß nicht nur im Elsaß die Bourgeoisie nichts wert sei. Einen geradezu seltenen Lacherfolg hatte er mit der weiteren Bemerkung, daß die Bourgeois im Elsaß sich weniger vor der elsass-lothringischen Regierung als vielmehr vor ihren Bettern und noch mehr vor ihren Cousins in Paris fürchten. Und eine dritte geistvolle Bemerkung entschlipfte ihm, als er gelegentliche Ausnahmegerichte mit Hagelichlagen und ihrer Unvermeidlichkeit verglich.

Das ist natürlich ein ganz unpassender Vergleich. Hagelichlagen sind natürliche Erscheinungen, die durch unabwendbare Naturvorgänge herbeigeführt werden. Ausnahmegerichte dagegen sind nichts Natürliches, sondern sie sind künstliche Mittel unfähiger Regierungen, um mit Gewalt natürliche Entwicklungsvorgänge gesellschaftlicher Art auszuwachen zu hindern. Gegen Hagelichlagen ist der Mensch schutzlos. Gegen Ausnahmegerichte dagegen kann sich der Mensch schützen. Er braucht sich nur seine Rechte zu erkämpfen oder die vorhandenen zu sichern und mit Durchsetzbarkeit und Energie den Dummköpfen, die nach Dreyfus' Verdröckung Worte Ausnahmegerichte zum Regieren brauchen, entgegenzutreten.

Von bürgerlicher Seite wurde nichts Erhebliches zur Sache gesagt. Von unserer Fraktion hielt Genosse Weill, der Vertreter von Metz, eine scharfe, gut dokumentierte Rede. Sie erreichte einen glanzvollen Höhepunkt mit der Darlegung der Notwendigkeit, die Reichslande zu einer Republik, selbstverständlich im Rahmen des Deutschen Reiches, aber zugleich mit freier demokratischer Verfassung umzugestalten. Genosse Peiretes, gleichfalls ein Elsaß-Lothringer, gab Herrn Mandel die wohlverdiente überlegen-humoristische Antwort.

Steuerfreiheit der Fürsten?

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Sonnabend die Beratungen des Beibratens fort. Abg. Graf Westarp wendete sich lebhaft gegen die Besteuerung der Fürsten, die als Träger der Staatsgewalt einer Besteuerung nicht unterworfen werden dürfen. Daran könne auch durch Reichsgesetze nichts geändert werden. Die ablehnende Haltung der Regierung gegen den sozialdemokratischen Antrag sei gerechtfertigt. — Abg. Gröbe polemisierte gegen die Regierung, die den Begriff „Souveränität“ ganz falsch ansetze. Die Auffassung der Regierung setze den Absolutismus voraus, der aber glücklicherweise nicht mehr existiert. Schon allein die Tatsache, daß auch die Landesherren im Zivilverfahren der allgemeinen Gerichtsbarkeit unterstellt seien, beweise, daß die Souveränität der Fürsten nicht mehr in dem von der Regierung angeführten Sinne bestehe. Wenn ein Landesherr einen gewerblichen Betrieb besitze, müsse er auch heute schon die auf dem Betriebe lastenden Steuern bezahlen. In Württemberg sei ausdrücklich nur das Arcontat von der Steuerpflicht ausgenommen. Die Unterwerfung der Landesherren unter die Steuerhoheit des Staates sei gegeben; die Regierung werde nicht imstande sein, das

Gegenstand zu beweisen. Da die Souveräne der Bundesstaaten nicht auch Souveräne des Reichs seien, könne ihre Steuerpflicht für Reichszwecke nicht mehr ernstlich bestritten werden. Wenn ein deutscher Landesherzog in einem anderen deutschen Bundesstaat Besitztum habe, müsse er dort, wie die Praxis zeige, wie jeder andere Besitzer Steuern und Abgaben bezahlen. Wenn dem König von Preußen in den Reichslanden eine Erbschaft zufallen würde, müsse er dort nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Erbschaftsteuer bezahlen. Soweit der Wehrbeitrag in Betracht komme, hätten nach der Erklärung des Schatzsekretärs die deutschen Fürsten ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Beitrag nach Maßgabe des Gesetzes zu zahlen. Deshalb sei die Aufnahme einer die Fürsten betreffenden Bestimmung im vorliegenden Gesetz nicht notwendig; dagegen müsse bei den noch zur Beratung stehenden weiteren Steuererlassen die Steuerpflicht der Fürsten entschieden werden.

Genosse S a d e l u m stellte fest, daß die Mehrheit der Kommission die Steuerpflicht der Fürsten anerkennt, ebenso auch, daß die Fürsten sich auch dem Veranlagungsverfahren zu unterwerfen haben. Nicht einzig sei die Mehrheit in der Frage, wie die fürstliche Steuerpflicht gesetzlich ausgesprochen werden solle. Wenn die Sozialdemokratie auch im Gesetz über den Wehrbeitrag die Steuerpflicht der Fürsten ausgesprochen wissen wolle, so keineswegs deshalb, um ein neues Recht zu schaffen, sondern um auszusprechen, was rechtlich sei. In England müsse laut Gesetz der König wie jeder andere Staatsbürger Steuern bezahlen. Nach Auffassung der deutschen Regierung wäre somit der König von England kein Souverän. Mit anderen Worten: Nach Ansicht der deutschen Regierung sei der Mann ein Souverän, der keine Steuern bezahle.

Sollte den Monarchen diese Einschätzung der Fürsten gefallen? — Abg. v. P a p e r belämpfte gleichfalls die Ansicht der Regierung und der Konservativen als grundfalsch. Selbst wenn man die Souveränität der Fürsten in ihren Bundesstaaten anerkennen wollte, so kenne doch das Reich keinen Souverän. Oder wolle die Regierung behaupten, daß z. B. dem Fürsten von Lippe Souveränitätsrechte über das Reich zustehen? Der sozialdemokratische Antrag sei gerechtfertigt, allerdings müsse eine redaktionelle Änderung eintreten. Noch richtiger würde es aber sein, dem volksparteilichen Antrag zuzustimmen, der das zur Repräsentation und zur Kunstpflege dienende Kronvermögen über die Steuerpflicht für den Wehrbeitrag ausschließe. — Abg. P i s c h e d drückte sein Befremden darüber aus, daß die Regierung jetzt schweige. Sie müsse doch unumwunden erklären, wie sie sich endgültig zu den Anträgen stelle.

Genosse H a s e führte aus, daß auch bei den Sozialdemokraten die von einzelnen Rednern aufgeworfenen formalen Bedenken bestanden, aber nach genauer Prüfung der Sachlage konnten diese Bedenken als hinfällig betrachtet werden. Der sozialdemokratische Antrag verhinere, daß Auslegungen zugunsten der Fürsten eintreten könnten. Wenn der Reichstag sich mit dem freiwilligen Beitrag der Fürsten begnügen würde, so entstehe die Gefahr, daß dann später die Regierung komme und sage: Der Reichstag hat sich mit dem freiwilligen Beitrag zufriedengegeben und damit anerkannt, daß eine Steuerpflicht für die Fürsten nicht existiert. Es sei deshalb dringend geboten, die Steuerpflicht der Fürsten

Klapp und klar im Gesetz auszusprechen.

Wolle weiter die Regierung mit ihrem Hinweis auf den 1871 unter den deutschen Fürsten abgeschlossenen Bündnisvertrag glauben machen, die Fürsten hätten dabei besonders daran gedacht, einen Hinweis gegen ihre spätere Heranziehung zu Steuern vorzuschicken? Das hieße denn doch die deutschen Fürsten direkt beleidigen. — Staatssekretär L i c o erklärte, die Verhältnisse in anderen Ländern berührten Deutschland nicht. Die Fürsten seien vor der Reichsgründung steuerfrei gewesen, hätten somit auch heute noch auf dieses Privileg Anspruch. Herr Lico versuchte dann, durch juristische und staatsrechtliche Darlegungen diese Auffassung zu verteidigen. Genosse L e n s ch führte aus, die Souveränität vieler deutscher Fürsten beruhe darauf, daß Napoleon vor reichlich hundert Jahren ihre Existenz nicht gekannt habe, sonst würde er sie hinweggelassen haben. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn jetzt die Fürsten nicht zur Erfüllung der Steuerpflicht angehalten würden.

Ein Vorschlag des Genossen F r a n k, die Debatte abzubrechen, um in Ruhe eine passende Formulierung für die Anträge suchen zu können, wurde abgelehnt. Abg. P i s c h e d wünschte darüber Auskunft, ob die Fürsten bereit seien, vom Kronvermögen freiwillig eine Vermögensabgabe zu leisten. — Abg. E r d b e r wünschte zu wissen, ob die Fürsten auch von ihrer Zivilliste einen Beitrag leisten würden. Es sei zu befürchten, daß nach der freiwilligen Beitragsleistung deren Höhe bemängelt und dann eine Hebe gegen die deutschen Fürsten einsehen werde, die vermieden werden sollte. Darum solle die Regierung der Steuerpflicht und Veranlagung zustimmen. — Schatzsekretär K ü h n bestritt, daß die Erbschafts- und Vermögenssteuer zum Vergleich herangezogen werden könnten, denn das seien doch indirekte Steuern, die naturgemäß die Fürsten leisten müßten. Vom Kronvermögen dürfe keine Abgabe erhoben werden, auch nicht von der Zivilliste. Die Steuerfreiheit der Fürsten aufzuheben, sei nicht angängig. Die Kommission könne in den an das Plenum zu erstattenden Bericht ihre Auffassung über die Steuerpflicht der Fürsten hineinschreiben, aber von der Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz rote er dringend ab. — Abg. E r z b e r g e r erklärte, von dieser Auskunft nicht betriebligt zu sein. Er sei auch der Meinung, daß die Vermögen der Fürsten außerordentlich überschätzt würden. Sollte nach dem Antrag von der Steuerpflicht befreit werden, so würden die Fürsten zusammen nur eine verhältnismäßig geringe Summe aufbringen und dann komme die Hebe, die recht unangenehm werden könnte. — Schatzsekretär K ü h n fürchtete auch, daß man gegen die Fürsten solche Vorwürfe erheben werde. Es stehe aber doch außer Zweifel, daß die Fürsten ihre Vermögen genau einschätzten und dementsprechend bezahlten würden, auch von solchen Vermögen, die in anderen Staaten in Grund und Besiz angelegt seien.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert unter Zurückziehung des ersten Antrages, daß der Bundesrat bestimmen soll, wer für die fürstlichen Vermögen eine zur Veranlagung gültige Erklärung abzugeben hat. — Genosse D a v i d machte darauf aufmerksam, daß die Regierung, wenn der Reichstag die Steuerpflicht der Fürsten ausdrückt, nicht nein sagen kann, weil es einfach unmöglich sei, den Wehrbeitrag an der Steuerpflicht der Fürsten scheitern zu lassen.

Der Reichstag habe jetzt die Wahl in der Hand, und es würde ihn eine schwere Verantwortung treffen, wenn er von dieser Wahl des Augenblicks keinen Gebrauch machen wolle. — Abg. S c h i s s e r erklärte, die Nationalliberalen lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, weil sie es nicht mitmachen wollen, daß der Reichstag eine für ihn günstige Situation gegen die Fürsten auszunutzen trachtet. Das Vertrauensverhältnis zwischen den Fürsten und dem Reichsparlament werde erheblich gestört werden. — Abg. G o t t h e i n bedauerte diese Erklärung, der Genosse D a v i d noch die Tatsache entgegenstellte, daß der Nationalliberaler F u n d im Plenum des Reichstags die Steuerpflicht der Fürsten belästigt hat. — Graf S e k a r y erwiderte in dem neuen sozialdemokratischen Antrage eine schwere Beleidigung der Fürsten, weil ihnen das Recht genommen werden solle, ihr Vermögen selbst zu deklarieren. Dieses Recht besitze sonst jedermann. — Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde der volksparteiliche Antrag abgelehnt, dagegen der

sozialdemokratische Antrag angenommen, womit die Verpflichtung der Fürsten zur Leistung des Wehrbeitrags ausgesprochen ist. — Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

Die „deutsche Panik“ in England.

Aus L o n d o n wird uns geschrieben:

Aus der von uns wiederholt zitierten Artikelserie der „Daily News“ verdient die Geschichte der „deutschen Panik“, die in England vor etlichen Jahren ausgebrochen war, besondere Hervorhebung. Ihr handgreifliches Endergebnis war der Bau der vier U-Boote und eine gewaltige Zunahme der Rüstungsausgaben im allgemeinen, die den Urhebern der Panik direkt zugute kam. Wir finden hier zum ersten Male die Geschichte dieser für den modernen Patriotismus so charakteristischen Episode im Zusammenhang dargestellt und durch Dokumente gestützt. Es sind meist Auszüge aus Reden und Briefe, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, die aber erst im Zusammenhang ihren richtigen Wert offenbaren und Licht auf eine der kühnsten Machenschaften des Rüstungskapitals werfen.

Nach der uns einzelne gehenden Schilderung der „Daily News“ handelte es sich in erster Linie um die Agitation der Rüstungsfabrikanten. Die Firma, die in dieser Agitation die erste Geige spielte, war die Geschützfabrik zu Coventry, die drei großen dem Rüstungssektor angeschlossenen Werken gehört. Die Geschützfabrik zu Coventry ist zwar nicht einer der allergrößten Betriebe in der Rüstungsbranche, doch hatte sie im Jahre 1906 einen sehr energischen geschäftsführenden Direktor, den Herrn M u l l i n e r. Dieser fing im Jahre 1906 an, die englische Regierung mit Warnungen zu bombardieren, deren Inhalt der war, daß man in Deutschland, und zwar in den Kruppischen Werken in Essen daran sei, Einrichtungen zur Herstellung von Kriegsmaterial zu treffen, die alles, was in England vorhanden sei, weit überträfen. Die Regierung schenkte diesen Warnungen zuerst keine Aufmerksamkeit. Doch der Geschäftsführer der Geschützfabrik war unermüdet. Drei Jahre lang verfolgte er seine unwilligen Auftraggeber. Er gewann einflussreiche Politiker der Opposition für sich, beeinflusste Publizisten und Zeitungen und sah seine Anstrengungen schließlich mit Sieg gekrönt, als es ihm gelang, „einen der größten Soldaten“ des Landes von der Nähe der drohenden „deutschen Gefahr“ zu überzeugen. Die Regierung lud Herrn Mulliner zu einer Kabinettsitzung ein, wo er den Ministern seine „Informationen“ auseinandersetzte. Als die von den Rüstungspatrioten geschürte Hege ihren Höhepunkt erreichte, kapitulierten die Regierung. Später hat es sich nun herausgestellt, daß die Angaben, die den Vorwand zu der großen Rüstungsvermehrung in England lieferten, dreifach Schwindel waren. Leider kam die Erkenntnis der Wahrheit zu spät: sie kam erst, nachdem das Unheil angerichtet, die Millionen verpulvert worden waren und nachdem England und Deutschland um ein Haar in einen furchtbaren Krieg gestürzt worden waren.

Dies ist die Episode in ihren Hauptumrissen. Doch auch ihre Einzelheiten entbehren nicht des Interesses. Herr Mulliner begann seinen Feldzug im Mai 1906, als er einen Brief an die Admiraltät schrieb, der später (1909 und 1910) im Unterhause von oppositionellen Mitgliedern, die die Regierung zu Rüstungsvermehrungen drängten, zitiert wurde. Der Brief lautete:

„Wissen Sie, daß Krupp augenblicklich ungeheure Ausgaben macht, um sehr große Schiffgeschütze und Montiergeschütze schnell herstellen zu können? Wir haben leghin sehr viel mit Deutschland zu tun gehabt und finden, daß Krupp alle großen Maschinenwerkzeugfabrikanten auf die nächsten ein oder zwei Jahre voll mit Aufträgen versehen hat. Wir schätzen, daß die Firma Krupp gegenwärtig weitere 8 Millionen Pfund ausgibt für die Erweiterung der ungeheuren Werke, die sie schon besitzt. Ihr ganzer Plan scheint auf Schnelligkeit der Produktion hinauszulaufen. So stellt sie zum Beispiel ungeheure mächtige Drehbänke her, die ein Gewicht von 12tösigem Kaliber zur selben Zeit bohrt und dreht, wodurch sie wenigstens eine Ersparnis von einem Drittel der Zeit zu erzielen gedenkt. . . Diese Betriebsveränderungen usw. werden es ihr möglich machen, eine Produktion zu erzielen, die über die gesamte Produktionsfähigkeit Großbritanniens weit hinausgeht.“

Neben dieser Information gab es noch andere Angaben, deren Urheber jedoch nicht bekannt ist. So hieß es, daß die Firma Krupp vom Jahre 1905 bis 1909 die Zahl ihrer Arbeiter von 62 000 auf über 100 000 vermehrt habe, daß sie sich zur Herstellung einer genügend großen Zahl von Geschützen und Montiergeschützen vorbereite, um die Bedürfnisse von 14 Hellingen zu befriedigen, damit man in Deutschland plötzlich 14 Schlachtschiffe bauen und so die Vorherrschaft Englands zur See vernichten könne. Diese von „Sachverständigen“ herüberkommene Information bilde das Material, mit dem man die Panik und die Rüstungsaufträge vorbereite. Im Monat November 1908 gelang es Herrn Mulliner, „einen unserer größten Generale“ zu überzeugen, dessen Vorstellungen bei der Regierung Gehör fanden. Der dieser General war, das hat Herr Mulliner nicht ausgeplaudert. Doch ist bemerkenswert, daß im November desselben Jahres Lord R o b e r t s im Oberhause eine Resolution einbrachte, in der es hieß, daß das Reich in Gefahr sei. Der Feldmarschall meinte in seiner Rede: „Ich kann nicht umhin, zu fühlen, daß uns in einer nicht sehr fernem Zukunft ein schreckliches Gewissen bevorsteht.“ Am 3. März 1909 hatte Herr Mulliner die Ehre, vor dem Kabinett zu erscheinen, dem er auseinandersetzte, welche gewaltige Vorbereitungen zur Aufrüstung man in Deutschland mache.

Und das ganze Gebäude der unmittelbar bedrohlichen „deutschen Gefahr“ beruhte auf plumpen Lügen, wie es sich später herausstellen sollte, nachdem die Nation ihr Geld ausgegeben hatte und die „Sachverständigen“ verstummt waren. Die gewaltige Kruppische Betriebsvermehrung, die das Mittel sein sollte, England die Seeherrschaft streitig zu machen, erwies sich als eine Erfindung. Was der Geschäftsführer der Coventryer Geschützfabrik steif und fest behauptet, was ihm, „dem wahrhaft patriotischen Manne“, die Politiker, früheren Minister, Journalisten und Generale nachgebete, was die Regierung zum Handeln gezwungen hatte, war eine Lüge. Nach den Angaben Herrn Mulliners gossen die deutschen Rüstungsinventare zwischen den Jahren 1907 und 1909 ihre gesamte Produktion in die Kruppischen Werke. Am 1. Januar befanden sich in den Essener Werken Krupps 6500 Maschinen und Maschinenwerkzeuge aller Größen; am 1. Januar 1909 war ihre Zahl auf 7200 gestiegen. Danach produzierte Deutschland nur 850 Maschinen und Maschinenwerkzeuge im Jahre. Eine groteske Annahme! Am 1. Januar 1907 be-

schäftigte Krupp 64 353 Personen, davon 35 745 in Essen. Am 1. Januar 1909 betrug die Gesamtzahl der von Krupp beschäftigten Personen nur 63 191. Die Zahl war also gesunken und nicht um 60 Prozent gestiegen, wie die Urheber der „deutschen Panik“ behauptet hatten. In ähnlicher Weise „berrechneten“ sich die Rüstungstreiber in bezug auf die Zahl der deutschen Dreadnoughts. Herr Walfour berechnete am 18. März 1909 die Zahl der deutschen Dreadnoughts wie folgt:

| Fertiggestellte deutsche Dreadnoughts | |
|---------------------------------------|------------|
| Dezember 1910 | 13 |
| Juli 1911 | 17 |
| April 1912 | 21 oder 25 |

Die wirklichen Zahlen sind:

| Erfeltete Stärke Deutsche Dreadnoughts | |
|--|----|
| Mitte 1912 | 13 |
| „ 1913 | 17 |
| „ 1914 | 21 |

Für das Jahr 1912 bedeutet dies eine Vermehrung um eine Kleinigkeit von 8 bis 12 Dreadnoughts!

Die „Daily News“ schließt die Artikelserie mit den Worten: „Am Juli 1911 wurde der Krieg zwischen diesem Lande und Deutschland nur eben vermieden. Es bestand keine greifbare Ursache zu einem Streit, doch der verschlimmernde Faktor war der Flottenbau. Und der einzige Teil des Volkes, der von einer solch mörderischen Katastrophe profitiert haben würde, wären die in der Rüstungsindustrie in beiden kriegführenden Ländern interessierten Leute gewesen. Sie würden in der Tat eine reiche Ernte, eingeheimst haben. Was für uns Uebrigens Blut und Tränen, finanzieller Ruin und Bettelarmut ist, würde für sie durch eine geheimnisvolle Alchemie zu Gold, zu unermesslichem Reichtum verwandelt worden sein. Der einfache Bombenwerfer, der ein einziges Gebäude in die Luft sprengt, wird als Verbrecher zermalmt. Ist es nicht die dringliche Pflicht der Regierungen, ohne Aufschub die Zivillisten zu beschützen — die Monarchien zu beschützen, denn die Monarchien werden den nächsten großen Krieg nicht überleben — vor der beständigen Anhäufung vulkanischen Materials, die den Völkern der Welt von Regierungen aufgezogen wird, die den mächtigsten Einflüssen gehorchen, die ihrer Natur nach international und rein kommerziell sind und den allgemeinen Bedürfnissen der Menschheit gänzlich teilnahmslos gegenüberstehen?“

Rum, mit dem Verschwinden der Monarchien würden sich die Völker noch abfinden. Doch was sagen die Monarchen dazu?

Politische Uebersicht.

Ein konservativer Wahlbluff.

Im Landtagswahlkreis Oberbarnim-Niederbarnim wird von einem konservativ-liberalen Wahlbündnis gesprochen, das von konservativer Seite angeboten sein und dahin gehen soll: die Konservativen und Freikonservativen verzichten auf ihre Kandidaten und treten sofort im ersten Wahlgang geschlossen für die beiden fortjüchtlichen und den einen nationalliberalen Kandidaten ein. Dies konservative Angebot stellt sich als ein auf freisinnige Verständlichkeitsberechneter Wahlbluff dar. Die Konservativen hoffen dadurch zunächst die rund zehn Mandate, die den Konservativen durch gemeinsames Vorgehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten entzogen werden können, für sich zu retten. Das ist der eine Gewinn, den die Konservativen durch ihr Angebot einstreichen wollen. Dazu kommt dann möglicherweise noch eine Prellerei der Liberalen auch um die drei Mandate in Ober- und Nieder-Barnim. In diesem Kreise wird bekanntlich in neun Wahllokalen gewählt. Der Schlämmeier, der die konservative Entsagung in Barnim zurechtgedreht hat, hat nun offenbar so gerechnet: ein Teil der Konservativen stimmt für den konservativen Kandidaten. Dadurch wird Stichwahl notwendig. Inzwischen sind jene zehn konservativen Mandate durch Wahlenthaltung der Sozialdemokraten den Konservativen gerettet. Alsdann werden unter Benutzung der durch die Tatsache, daß in neun Lokalen gewählt wird, herbeigerufenen Verwirrung vielleicht gar noch auch den Konservativen in Barnim die Mandate zugeschanzt. Liberale, die den Kampf gegen die Reaktion ernstlich wollen und den Konservativen nicht zu 10—13 Mandaten verhelfen wollen, werden das konservative Manöver durchschauen und entweder von der Wahl fernbleiben oder sofort für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten müssen.

Reichsstempelsteuer für Lebensversicherungen.

Um die laufenden Kosten der Wehrvorlage aufzubringen, hat die Reichsregierung bekanntlich dem Reichstage auch den Entwurf eines Gesetzes betreffend Ausgestaltung und Uebernahme des Versicherungsstempels auf das Reich zur Beschlußfassung und Beschließung vorgelegt. Da dadurch die durch die einzelstaatliche Besteuerung des Versicherungsbeitrages herbeigeführte Unbilligkeit auf diesem Gebiete beseitigt wird, wäre das Vorgehen der Regierung zu begrüßen, wenn die Vereinfachung lediglich der Sache selbst wegen und nicht aus fiskalischen Gründen erfolgen würde. Aber der Reichsstempel auf Versicherungen soll für die Reichskasse nicht weniger als 28 Millionen Mark einbringen. Die geplante und an sich notwendige Reform soll von den Interessenten teuer bezahlt werden. Der Entwurf bringt eine so erhebliche Verteuerung der Versicherungen, daß, sofern er in der vorliegenden Fassung die Zustimmung des Reichstages finden sollte, der Abschluß von Versicherungen in der nachteiligsten Weise beeinflusst, ja in vielen Fällen hintangehalten werden würde, ganz besonders der Abschluß von Lebensversicherungen. Es kommt hinzu, daß nicht wie bisher bei der Lebensversicherung der Stempel nur einmal, beim Abschluß der Versicherung, sondern jährlich bei jeder Prämie erhoben werden soll und zwar in Höhe von einem Prozent der Wapremie. Es liegt auf der Hand, daß ein Stempel in dieser Höhe die Lust, Versicherungen einzugehen, nahezu unterbindet. Eine derartige Politik steht im Widerspruch mit gesunden und vernünftigen volkswirtschaftlichen Grundgedanken und mit der von den Einzelstaaten seither geübten Praxis der Förderung des Versicherungswesens dadurch, daß der Abzug der Lebensversicherungsprämie vom steuerpflichtigen Einkommen in bestimmter Höhe gestattet wird. Zwar sollen bei der Lebensversicherung Prämien für Versicherungssummen unter 2000 M. von der Besteuerung frei bleiben, aber die Ungerechtigkeit und der unsoziale Charakter der Steuer wird dadurch nicht geringer; denn die steuerfreie Versicherungssumme ist viel zu niedrig gehalten.

Folgen des preussischen „Arbeitschutzes“.

Die preussischen Provinzen richten sich auf die Folgen des neuen Ausführungsgesetzes zum Unterhaltungsabnahmengesetz ein. Dem kurzzeitig tagenden westfälischen Provinziallandtage ist eine Vorlage unterbreitet worden, wonach 119 000 M. für die Erweiterung der Korrekionsanstalt Drenninghausen auszugeben werden sollen. Es wird ausdrücklich gesagt, daß die Anstalt erweitert werden müsse, um dort „männliche Arbeitsleute unterzubringen“. Die Nachhaber in Preußen haben es bekanntlich verstanden, aus dem vorliegenden Gesetz eine Art Strafgesetz gegen die Armen zu machen.

Konservativer Terrorismus.

Der konservative Wahlterrorismus in Ostpreußen wird beleuchtet durch eine nationalliberale Resolution, die die liberalen Wahlmänner von Graudenz-Rosenberg saßen:

Die Wahlmänner erklären, daß sie an der Abgeordnetenwahl in Freystadt nicht teilnehmen werden. Die jegliche Wahlmännerwahl hat wieder zur Genüge durch die Beeinflussung, Bedrohung und den Terrorismus, die von konservativer Seite ausgeübt worden sind, bewiesen, daß sie nicht die Stimme des Volkes kundtut. Auch wird es als eine besondere Härte empfunden, daß die Wahlmänner aus der Stadt Graudenz, die etwa ein Drittel aller Wahlmänner darstellen, zur Landtagswahl nach Freystadt, der fast kleinste und ungeeignetsten Stadt des Wahlkreises, fahren müssen. Wir erheben durch unser Fernbleiben von der Abgeordnetenwahl in Freystadt Protest gegen ein Wahlrecht, das zum Schaden unseres lieben Vaterlandes allein die Sonderinteressen einer einzelnen Partei stützt.

Die beiden liberalen Kandidaten haben ihre Kandidaturen aus den oben angeführten Gründen niedergelegt.

Ein neuer Retter in der Not.

Es gibt bald kein Mittel mehr, das die gestempelten „Patrioten“ in ihrer Not, dem sinkenden Ansehen des Monarchismus wieder auf die Beine zu helfen, nicht schon angewendet hätten. Aber eisriges Nachdenken vermag doch auch auf diesem so abgegrastem Gebiete noch etwas Neues zu erfinden: die fürstlich-lippische Regierung bietet ihren loyalen Untertanen in einer offiziellen Bekanntmachung ein sogenanntes „Vivatband“ zum Kauf an, das der Regierungsrat Winkel in Königsberg in patriotischer Opferwilligkeit erfunden hat. Es ist das ein Band,

wie man es unter dem Namen Vivatband von der Zeit des Siebenjährigen Krieges an bis in die Zeit von 1813 ganz allgemein anlässlich von Sieges- und Jubiläumstagen als Festschmuck an der linken Brust oder linken Schulter trug. Die damaligen Helden tragen neben den Bildern der Regenten die der Herrscher. Diese Sitte ist in Ostpreußen mit außerordentlich großem Erfolge wieder neu belebt worden, und wir weisen gerne darauf hin, daß auch im hiesigen Fürstentum der Versuch gemacht wird, die Bevölkerung aufzufordern, wieder Vivatbänder zum Ausdruck der freudigen Stimmung an allen patriotischen Festtagen als Festschmuck zu tragen.

Man sieht, die Preisrichter des „monarchischen Gedankens“ geben sich in der Tat alle Mühe, beim Volke die Religion zum Dufel wieder zu wecken, aber sie haben Grund zu fürchten, daß ihre Bemühungen ein Jahrhundert zu spät kommen.

Gewinnste der inneren Kolonisation.

Innere Kolonisation in großem Stil ist nur möglich auf billigen Grund und Boden und bei genügendem Angebot von An siedelungslustigen mit ausreichendem Vermögen. An diesen beiden Voraussetzungen mangelt es aber meistens, denn wie die Verhältnisse heute im kapitalistischen Zeitalter nun einmal liegen, steigt der Bodenpreis dort sehr schnell, wo nur der Anfang mit der An siedelung von Kolonisten gemacht wird. Besonders ist das der Fall in der Provinz Hannover. Neuerdings werden immer öfter derartige Preissteigerungen des Grund und Bodens gemeldet. So berichtet der „Hannov. Courier“ aus dem Kreise Geseesmünde, daß dort in letzter Zeit wieder eine Anzahl neuer Rentengüter geschaffen worden sind. Aber die Besiedelung von freigelegtem Land werde durch verschiedene Umstände stark behindert und schreite deshalb nur langsam voran. Der Mangel an geeigneten Ansiedlern mit ausreichendem Vermögen und die Schwierigkeit, die Ländereien billig zu erwerben, dauern unvermindert fort.

Ähnliche Klagen kann man auch in anderen bürgerlichen Blättern lesen. Die „Hannoversche land- und forstwirtschaftliche Zeitung“, das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer, berichtet fast in jeder Nummer über derartige Preissteigerungen. Jüngst noch mußte sie zugestehen, daß die Ansiedelung weiterer Kolonisten im Lehnher Bezugs (Kreis Ringen) nur dann gelingen werde, wenn die Preise für das Land nicht zu sehr in die Höhe gingen. Dazwischen ist aber nach den bisherigen Erfahrungen in der Provinz Hannover nicht zu zweifeln. Die Ursache dieser die umfangreichere Ansiedelung verbindenden Preissteigerungen ist darin zu suchen, daß die Kolonate als Privateigentum vergeben werden. Der private Grund und Boden ist aber heute ein Spekulationsobjekt, und wie jede Spekulation birgt auch die Grundstückspekulation die schwersten volkswirtschaftlichen Gefahren.

Auch ein Erfolg kolonialer Kulturarbeit.

Dr. Paul Kohrbach, der bekannte wissenschaftliche Verfasser des deutschen Imperialismus, dem man sicherlich keine Voreingenommenheit gegen die deutsche Kolonialpolitik nachsagen kann, befindet sich zurzeit auf eine Afrikareise. Die „Frankfurter Zig.“ veröffentlicht seine Reisebriefe, deren einer den Titel trägt: „Amerikaner Versäumnisse“. In diesem Briefe schreibt Kohrbach u. a.:

„In ganz Süd-Amerika, man kann fragen, wenn man will, Konfuzius, Verwaltungsbüro, Militärs, gibt es nur eine Stimme über die grauenerregende Zunahme der Geschlechtskrankheiten unter den Eingeborenen. Hand in Hand damit geht die immer deutlicher zu beobachtende Abnahme der Bevölkerung in den Trägedistrikten. Erachtliche Zahlen für sie lassen sich nicht geben, weil von wirklicher Eingeborenenstatistik in Kamerun, mit sehr wenigen Ausnahmen, noch nirgends die Rede ist. Die alten Kameruner kennen die Tatsache aber einmütig. Es kann auch nicht anders sein, wenn man sich die aus dem Trägedistrikt folgenden geschlechtlichen Zustände vergegenwärtigt. Bei den Zaunders und den meisten übrigen Stämmen in Süd-Amerika geben sich die Weiber gegen Vergeltung ohne viel Umstände zum Verkehr mit durchgehenden Fremden her; in manchen Fällen werden sie auch von ihren eigenen Männern dazu vertrieben. Es ist ein einfaches Geschäft, und die Frauen genießen sich nicht, sich anzubilden. Ich habe es selbst erlebt, das eine ganze Gesellschaft am Wege stand und sang: wir schlafen gerne mit den Fremden, die durchziehen, aber sie müssen gut zahlen, sonst laufen wir fort, wenn sie uns haben wollen.“ — Wogu der Voh, der mit dem Gesang überlegte, die treffende Bemerkung auf Regierunglich machte: Jaunde people like money so much! Es ist klar, daß sich bei dieser Praxis eine zunehmende Verwilderung der großen Trägedistrikte mit Geschlechtskrankheiten aller Art ergeben muß. Die ebenso unausweichbare Folge ist, daß, im Verein mit dem waffenhaften Trägedienst der Frauen, der in derselben Richtung wirkt, die Zahl der Geburten sich andauernd verringert. Von irgend welcher durchgreifend und systematisch gearteten Bekämpfung der sexuellen Krankheiten ist nirgends in Kamerun die Rede. Man kennt das Hebel aus den Berichten der Ärzte, und man läßt es doch immer weiter um sich greifen, obwohl die einfachste Lieberlegung jedermann sagen sollte, wohin die Dinge treiben. Es kommt einem hart an, zu schreiben, daß dreißig Jahre nach der Erklärung der deutschen Schutz herrschaft über Kamerun in weiten Teilen der Kolonie die gesundheitlichen Zustände bei den

Eingebornen schlimmer geworden sind als sie früher waren, und daß Bevölkerungsabnahme statt Zunahme stattfindet!

Ein Soldatenschinder.

Der Obermaat Jürgens von der zweiten Bataillon ist im Dezember v. J. wegen Mißhandlungen Untergeordneter in 85 Fällen zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Der Verurteilte ging an das Reichs-Militärgericht und erreichte dort daß die Sache an das Oberkriegsgericht zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen wurde. Jetzt ist er erneut zu vier Monaten und 23 Tagen Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Es wurde ihm wieder nachgewiesen, daß er in zahlreichen Fällen die Soldaten in größtmöglicher Weise mißhandelt hat. Nur ein Fall der Mißhandlung konnte ihm nicht nachgewiesen werden, weshalb die Strafe um eine Woche ermäßigt wurde. — Der Fall zeigt wieder, daß trotz aller Kritik in der Öffentlichkeit und im Parlament die Militärmißhandlungen nicht verschwinden werden. Es liegt offenbar auch weniger an einigen gemeinen Kerlen, die ihre Vorgesetztenstellungen zur Mißhandlung Untergeordneter mißbrauchen, es muß an System schon etwas nicht stimmen, wenn es möglich ist, daß einzelne Mißhandlungen bis zu 85 Fällen — ja es sind schon zu hunderten solcher Mißhandlungen von einzelnen verübt worden — vornehmen können. Bei genügend scharfer Aufsicht müßte das unmöglich sein.

Schutz vor Rußland!

Die ungeheure Last der neuen Wehrvorlage wird vor allem damit beichnigt, daß es nötig sei, das deutsche Volk vor Rußland zu schützen. Es scheint aber, daß das Deutsche Reich oder seine Nachhaber die neue vermehrte Kraft höchstens dazu zu brauchen gedenken, alle Dummheiten und Gemeinheiten der österreichischen Thronfolgerpartei gegen Rußland in Schutz zu nehmen. Dem arbeitenden Volke gegenüber fühlen sich dagegen die deutschen Nachhaber als ergebene Werkzeuge des russischen Zaren.

Als jüngst ein deutscher Bergmann die russische Grenze überschritt, um für einen deutschen Streik Beiträge zu sammeln, wurde er gefaßt und für die Zeit seines Lebens nach Sibirien geschickt.

Wir haben bisher noch nicht gehört, daß die deutsche Regierung auch nur einen Finger rührte, um den Deutschen vor diesem infamen Willkürakt der russischen Regierung zu schützen.

Ein Gegenstück dazu liefert ein Vorgang, der am Donnerstag, den 29. Mai, im englischen Parlament besprochen wurde. Es handelt sich um den von uns schon mitgeteilten Fall des Russen Adamowitsch in Alexandria (Aegypten), der seit einigen Monaten unter dem Pseudonym Arles ein Gewerkschaftsblatt für die Matrosen der russischen Handelsmarine herausgab. Der Mann war nichts weniger als ein blutiger Revolutionär, sondern ein Liberaler. Aber er organisierte die Arbeiter und drohte die Profite einiger russischen Schiffahrtsgesellschaften durch Lohnerhöhungen ein wenig zu schmälern.

Das mußte um jeden Preis verhindert werden, und so veranlaßte der russische Konsul die ägyptische, d. h. englische Polizei, Adamowitsch in Alexandria verhaften zu lassen, worauf die Polizei ihn dem Konsul auslieferte, angeblich auf Grund der Kapitulationen, die jeden russischen Untertan in Aegypten der Willkür des russischen Konsuls dort unterwerfen sollen.

Die englische Regierung wurde am Donnerstag, den 29. Mai, wegen dieser Angelegenheit im Parlament von Ramsay Mac Donald scharf angegriffen infolge des Sturms, der sich in der englischen Gewerkschaftswelt darüber erhoben hatte, daß ein friedlicher Gewerkschaftler, der unter dem Schutze der englischen Flagge lebte, ohne jeden Widerstand den russischen Henkern preisgegeben wurde.

Sir Edward Greys Antwort war sehr lahm. Er suchte einen Teil der Schuld von sich auf die deutsche Regierung zu schieben, deren Konsul die russischen Verbände willig unterstützt habe. Bei Adamowitsch wurde nämlich ein deutscher Paß gefunden, auf den Namen Karnelson lautend. Dieser deutsche Paß hinderte nicht, daß Adamowitsch als Russe dem russischen Konsul ausgeliefert wurde, er bewirkte aber, daß der deutsche Konsul bei Adamowitsch als einem Deutschen eine Hausdurchsuchung vornahm. Mit welchem Rechte, davon wird nichts mitgeteilt. Das bei diesem gefundene Material, auf Grund dessen seitdem schon viele Verhaftungen russischer Matrosen vorgenommen wurden, blieb aber nicht bei dem deutschen, sondern kam zum russischen Konsul.

Wir bezahlen also nicht bloß deutsche Soldaten, um den österreichischen Imperialismus vor dem russischen zu schützen, sondern auch deutsche Diplomaten, damit sie den russischen Henkern als willige Diener zur Verfügung stehen.

Hier ist ein Fall, wo die deutsche Ehre vor dem Ausland in der Tat auf dem Spiele steht. Was werden die deutschen Patrioten tun, die gefährdete Ehre der Nation zu wahren?

Das Panama des österreichischen Militarismus.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die Begleitergebnisse der Spionageaffäre Redl sind durchaus so, daß sie den österreichischen Militarismus bis auf die Knochen blanchieren. Schon daß der Verrat, obwohl, wie jetzt zugegeben wird, auf ihn nicht wenige Indizien hindeuten, durchaus ein Jahrzehnt — solange soll der Verrat des Spionageobersten schon währen — unbekannt geblieben ist, ist einfach ein hohler Schand. Oberst Redl war seit dem Jahre 1900 im Evidenz-(Spionage-)Bureau des Generalstabes und erfreute sich des allergrößten Ansehens. Während der Annexionskrisis war er stellvertretender Leiter dieses Bureaus, im vorigen Jahre wurde er Generalstabeschef des achten Korps. In allen Spionageprozessen fungierte er als Vertreter des Kriegsministeriums und unanfechtbarer Sachverständiger. Und das, obwohl genug vorlag, um ernstes Veracht zu erregen. Nun liefert das Kriegsministerium selbst folgende Bekenntnisse: Es fiel auf, daß gewisse militärische Maßnahmen, die lediglich geplant waren, stets schon vor ihrer Ausführung in den militärischen Maßnahmen der betreffenden Nachbarmacht (Rußland!) ihre Antwort fanden. Diese Bäume konnten aber nur wenigen, und zwar hochstehenden militärischen Persönlichkeiten bekannt sein. So war der Kreis der Offiziere, die sich dieser Vertraulichkeit schuldig gemacht haben konnten, ziemlich enge. Redl wurde verdächtig, weil er schon seit längerer Zeit über seine Verhältnisse lebte. Er hatte sich tatsächlich, seitdem er im Dienste der fremden Macht stand, von seinen Schulden befreit (man wußte also, daß er verschuldet war!), und kam zum Schluß sogar in die Lage, ein recht luxuriöses Leben zu

führen. Redl war einer der bestbezahlten Spione jener fremden Macht. Während des letzten Winters soll er hunderttausend Kronen bezogen haben. Er hielt sich zwei Automobile, veranstaltete auf seine Kosten häufig Champagnergelage und gab auch sonst um vieles mehr aus, als ein Mann seiner Stellung auszugeben imstande ist. Von Bekannten über seinen Automobilkauf befragt, gab er leichtsin zu Antwort, „er habe eine kleine Erbschaft gemacht, und es scheint ihm am besten, das Geld in einem Automobil anzulegen“. ... Das alles wird jetzt deutlich zugegeben, und man hat den uniformierten Lumpen weiter wirtschaften lassen! Denn offenbar sind mancherlei russische Gegenmaßnahmen, wahrscheinlich auch die Heranziehung russischer Truppenmassen an die österreichische Grenze während der Balkankrise, auf die Spionenberichte zurückzuführen.

Das besonders Schmutzige und auch echt Oesterreichische, was auch die Öffentlichkeit mit der größten Erbitterung erfüllt, ist nun, daß man auch diese entsetzliche Sache vertuschen wollte. Die Entlassung des Schuldigen wurde folgendermaßen arrangiert: Er wurde nach Wien zum Rendezvous mit einem Spionageagenten geladen, mit dem er, wie man wußte, in Beziehungen stand. Der Verdächtige leistete dieser Aufforderung sofort Folge. Er kam von Prag im Automobil, begleitet von seinem Diener, am Samstag an und stieg in einem Hotel der inneren Stadt ab. Während er sein eigenes Automobil vor dem Hotel warten ließ, fuhr er in einem Lagomelerautomobil zu jenem Agenten. Die Fahrt wurde natürlich schon überwacht. In seinem eigenen Automobil hatten mittlerweile die beherrschenden Organe Nachschau gehalten und eine Browningpistole und das Etui zu einem Taschenmesser gefunden. Redl hatte den Agenten nicht am vereinbarten Orte getroffen und war schon deshalb etwas besorgt. Er wurde vollends unruhig bei einer Szene, die sich bei seiner Rückkehr ins Hotel beim Eingange abspielte. Der Oberst war in Zivilkleidung hierher gekommen. Trotzdem überreichte ihm beim Hoteleingang ein Unbekannter das Messer mit den Worten: „Herr Oberst Redl, Sie haben das in Ihren Automobil vergessen.“ Redl erschau auf das Gefährliche, denn er vermutete in dem Unbekannten sofort einen Polizeilienten, der das Automobil durchsucht haben konnte. Der Offizier begab sich nun nach seinem Zimmer, vor dem ihn bereits vier Offiziere erwarteten. Sie traten mit ihm ein, und nun wurde ihm das ihm schwer belastende Material vorgehalten. Snapp nach seiner Abreise aus Prag war nämlich auch in seiner dortigen Wohnung eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden, deren belastendes Material nach Wien telephoniert wurde. Die Offiziere gogen sich nach der Unterredung zurück, und Redl verließ für kurze Zeit, auf Schritt und Tritt von Polizeilienten verfolgt, das Hotel. Zwei Offiziere blieben im Hotel zurück. Als Oberst Redl zwischen 8 und 9 Uhr in sein Absteigequartier zurückkehrte, fand er auf seinem Tische eine ihm nicht gehörende Browningpistole, daneben eine Anleitung zur Behandlung der Waffe. Es war jene Seite aufgeschlagen, auf der der Abfeuerungsmechanismus geschildert ist. Oberst Redl entschloß sich offenbar sofort zum Selbstmord, denn er schrie um 9 Uhr abends seinen ersten Abschiedsbrief, dem bis 12 Uhr früh mehrere andere folgten. Er verschickte jeden einzelnen Brief mit der Angabe der Stunde, zu der er geschrieben worden ist. Als um 4 Uhr früh der Diener des Obersten beauftragt wurde, im Zimmer Nachschau zu halten, fand er seinen Herrn in einer Blutlache auf dem Boden liegend auf. Oberst Redl hatte sich gegen 2 Uhr früh vor dem Spiegel erschossen.

Aus dieser liebevollen, wie gesagt, amtlichen Schilderung der „Ueberführung“, auf die sich die Herren vom Kriegsministerium offenbar ungemein viel einbilden, geht deutlich hervor, daß man dem Lumpen bewußt die Möglichkeit bot, „ritterlich“ aus der Welt zu gehen. Man hatte nur einen Gedanken: den Skandal zu vertuschen.

Um die „Vertierung“ entschuldbarer zu machen, wird jetzt auch erzählt, der Verräter wäre homosexuell veranlagt gewesen und wäre vor 15 Jahren in das Netz von Päderasten geraten, die ihn seither mit Erpressungen verfolgten und in quälende Schulden stürzten. Aber man wird gut daran tun, dieser Erzählung von der geschlechtlichen Entartung nicht allzu sehr zu trauen. Sie kann auch eine glatte Erfindung sein, ersonnen und bestimmt, eine schwindelnde Entschuldigung zu bilden. Denn erstens ist in Offizierskreisen von dieser Veranlagung nichts bekannt geworden, und dann erzählt man wieder, daß man in der „Gesellschaft“ recht viel von „Damenbeziehungen“ wußte, was alles nicht gerade auf einen Homosexuellen schließen läßt.

Als das Ereignis sich im Gebiete des Militarismus, den seine Klopfflechter als die Hochschule aller edlen und erhabenen Bestimmungen preisen! Deshalb ist der Fall dieses Verräters, der auf der höchsten Sprosse der militärischen Karriere stand, ein Panama des ganzen Militarismus, und nicht des österreichischen allein.

Spanien.

Die Ministerkrise.

Madrid, 30. Mai. Veranlassung zu der Demission des Rabinals gab die gestrige Rede des Führers der Konservativen, in der dieser erklärte, es sei ihm unmöglich, den Liberalen seine konstitutionelle Unterstützung zu gewähren, deren sie bedürften, um regieren zu können. Maura warf den letzten liberalen Kabinetten ihre Kompromisse mit den Republikanern und Sozialisten vor, deren Ziel zwar scheinbar sei, diese für die Monarchie zu gewinnen, die in Wirklichkeit aber nur bezweckten, diese Parteien zu bezwingen, daß sie den Liberalen die Macht überließen.

Kammer und Senat verlagten sich heute nach Verlesung des Dekrets, in dem die Demission des Kabinetts angenommen wird.

Madrid, 31. Mai. Die Lösung der Kabinettskrise dürfte ziemlich mühselig sein. Man glaubt, daß die liberale Partei am Nuder bleiben, daß entweder dem Grafen Romanones das Vertrauen bestätigt oder Garcia Prieto an die Spitze der Regierung berufen werden wird.

Marokko.

Die Aufständischen auf dem Rückzuge.

Mabat, 31. Mai. Gadj el Hassen, der am 24. Mai Agadir und Funtti, das das Wasser für die Stadt liefert, besetzt hatte, hat sich vor übergroßen Streikkräften nach Norden zurückziehen müssen. Gadj el Hassen hat sich mit einer vor Taineragh lagernden Mahalla wieder vereinigt. Der Kreuzer „Du Chaila“ kreuzt vor der Küste.

Unterwerfung einzelner Stämme.

Paris, 31. Mai. Aus Mazagan wird unter dem 30. Mai gemeldet: Aus Tarudant ist eine Deputation in Marakesch eingetroffen, um dem Sultan in einem Briefe ihre Unterwerfung anzugehen. — Mulay el Zin teilt mit, daß angehörs des Erfolgs seiner Mahalla alle Stämme um Gnade gebeten hätten. El Hiba ist nach dem Atlas entflohen.

Gewerkschaftliches.

Die Schweizerischen Gewerkschaften und der Generalstreik.

Der Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes brachte in seiner letzten Sitzung die Beratung der Frage des Generalstreiks, die ihn schon früher beschäftigt, zum vorläufigen Abschluss. Es lag ein gedrucktes Referat des Sekretärs Genossen Suggler vor, auf dessen Antrag folgende Resolution beschlossen wurde:

1. Die Schweizer Gewerkschaften lehnen den sogenannten Generalstreik ab. Sollte wider Erwarten in der Schweiz irgendwo eine derartige Streikaktion propagiert oder inszeniert werden, dann betrachten es die Gewerkschaften als ihre Pflicht, in Verbindung mit den Vertrauensmännern der politischen Arbeiterorganisation solchen Versuchen entgegenzutreten und nötigenfalls die organisierten Arbeiter direkt aufzufordern, sich an diesen anarcho-syndikalistischen Experimenten in keiner Weise zu beteiligen.

2. Der Generalstreik ist normalerweise nicht geeignet als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen das Unternehmertum, weil er in der Regel die Arbeiterbevölkerung oder andere am Kampfe unbeteiligte Volkskreise schwerer schädigt als die Unternehmer, gegen die er sich richtet, einzelne Arbeitergruppen viel mehr als andere gesamtheitlich und öfters angewendet nicht nur unwirksam zu werden droht, sondern schließlich die Bestrebungen der Gewerkschaften auf Einführung von Tarifverträgen zu nichte machen würde. Sympathie- oder Solidaritätsstreiks, die von vornherein auf wenige von einander abhängige Berufsgruppen beschränkt werden, ebenso die sogenannten generalisierten Streiks, die sich nicht über das Gebiet einer Industrie hinaus ausdehnen, können nicht als Generalstreik im oben bezeichneten Sinne gelten. Die Stellungnahme der Schweizerischen Gewerkschaften zu solchen Streikaktionen richtet sich nach den an den Bauarbeiterkongressen und im Gewerkschaftsausschuss im Jahre 1911 gefassten Beschlüssen.

3. Politische Massenstreiks als Rotwehre- oder Protestaktionen können von den Gewerkschaften erst dann unterstützt werden, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden, durch die gemeinsame Lebensinteressen oder unentbehrliche Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse ernstlich bedroht werden, zu verhindern und in solchen Fällen, wo die Arbeiterklasse in ihrem Ehrgefühl verletzt wurde, das Ansehen der Organisation durch kein anderes Protestmittel besser gewahrt werden kann, als durch das eines Massenstreiks. Auf Unterstützung einer solchen Streikaktion durch die Gewerkschaften und den Gewerkschaftsbund kann nur getreut werden, wenn die zwischen Bundeskomitee und Komitee der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vereinbarten Bedingungen für die Unterstützung eines politischen Massenstreiks sind.

4. Massenstreiks als Mittel zur Eroberung der politischen Macht erscheinen kaum empfehlenswert. Sollte der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Anwendung dieses Mittels als Waffe im politischen Kampf ablehnen, so müßten die Gewerkschaften für sich das Recht fordern, im gegebenen Fall an den Beratungen teilzunehmen zu dürfen und sich vorzubehalten, von Fall zu Fall zu solchen Aktionen Stellung zu nehmen.

5. Bundeskomitee und Gewerkschaftsausschuss sind der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse in der Schweiz sich für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen erst dann wirksam wehren kann, wenn sie möglichst vollständig organisiert ist. Der Beitritt aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Gewerkschaft und die ständige Mitarbeit jedes einzelnen am Aufbau der Organisation, wo sich hierzu Gelegenheit bietet, werden zur Wahrung der gemeinsamen und der besonderen Interessen der Arbeiter aller Industrie- und Berufsgruppen mehr beitragen, als selbst der berechnigste und bestorbereitete Generalstreik.

Die Resolution wird dem am 13., 14. und 15. September 1913 in Zürich stattfindenden Schweizerischen Gewerkschaftskongress zur definitiven Beschlussfassung vorgelegt.

Dieser Kongress hat ferner folgende Punkte der Tagesordnung zu behandeln: 1. Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. 2. Neuregelung der Beitragserhebung an den Gewerkschaftsbund. 3. Förderung der Organisation der schlechtgestellten Arbeiter und in solchen Industriezweigen, für die noch keine Zentralverbände bestehen. 4. Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung. 5. Stellungnahme zu den Jugendorganisationen. 6. Die Bedeutung der Tarifverträge und endlich Stellungnahme zu der bevorstehenden eidgenössischen Gewerbegesetzgebung.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gastwirtsgewerkschaft! In den Schullheiß-Vierhöfen, Alte Jakobstr. 103, sah Heinrich Wermann, legten die organisierten Helfer die Arbeit nieder, weil Herr Wermann es ablehnt, mit der Organisation einen Tarif abzuschließen, welcher die Abschaffung von Nacht-Arbeiten sowie die Anerkennung der Organisation regeln soll. Herr Wermann erklärte den Vertretern der Organisation: „Der Verband möge ihm den Pudel runter rutschen“. Herr W. wies dann den Verbändlern die Tür. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgewerkschaft, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer!

Die letzte allgemeine Mitgliederversammlung hat beschlossen: Die Bauvertrauensmänner sind verpflichtet, auf ihren Bauten sämtliche Arbeiten nach der Meisterrolle und dem zurzeit in Kraft befindlichen Tarif zu berechnen, um festzustellen, welche Unterschiede in den Bezahlungen bzw. Berechnungen herankommen. Leider haben bisher nur einige Vertrauensmänner dies getan. Am kommenden Donnerstag, den 5. Juni — siehe Inseratenteil — findet eine Bauvertrauensmänner-Versammlung statt, in dieser müssen unbedingt die Berechnungen zur Stelle sein. Sollten sich die Kollegen nicht ganz klar sein, wie dieses oder jenes nach der Meisterrolle zu berechnen ist, so ist dieses unserem Bureau zu melden, damit dann jemand von der Lohnkommission nach dem Bau kommt, um die betreffenden Sachen zu berechnen. Weiter ist unbedingt nötig, daß alle Bauten dem Bureau gemeldet werden und in der Versammlung vertreten sind. Die Verbandsleitung.

Achtung, Töpfer! Wegen Tarifbruch sperren wir hiermit die Firma „Kunsttöpferei und Chamottefabriken, G. m. b. H., Charlottenburg, Neue Kanstr. 4, Ecke Willebrandstraße“, und deren ausführenden Meister Heinrich Handke, Berlin, Dolzigersstr. 11. Zurzeit kommen die Bauten unentgeltlich in Reimendorfer und Waidmannslust in Betracht.

Die Firma erklärt, sie müsse leider 5 Proz. vom Tarif abziehen, weil es ihre Preise, die sie vom Bauherrn erhält, nicht erlauben, den Tarif einzuhalten. Auch hier wieder das alte Lied. Die Unternehmer drücken sich gegenseitig die Preise herunter, und die Gesellen sollen darunter leiden. Die Energie, die man anwendet, um den Gesellen die Löhne herabzusetzen, sollten die Herren Meister gebrauchen zur Befestigung der Preisdrücker unter sich; dann stände es besser im Gewerbe. Die Verbandsleitung.

Die Färberei und chemische Waschanstalt Karl Polkow duldet keinen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und keine organisierte Arbeiterinnen in ihrem Betrieb. Für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Betrieb vorläufig gesperrt, bis die Inhaberin, Frau Wolff, die Organisation in ihrem Betrieb anerkennt. Die Branchenleitung der Färber und Wäscher. Verwaltung Berlin. Deutscher Textilarbeiterverband.

Achtung, Dekubationsgehilfen! Die Differenzen mit Herrn Max Haferstroh, Bankstr. 4, sind durch Vertragsschluss zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt. Die in der Nr. 181 des „Vorwärts“ geäußerte Ansicht, daß Herr Haferstroh einen Gehilfen gemahregelt hat, kann, weil auf falschen Informationen beruhend, nicht aufrecht erhalten werden. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Verband der Dekubationsgehilfen, Ortsverwaltung II.

Deutsches Reich.

Stimmungsmache der Scharfuhrer im Malergewerbe.

Die wegen ihrer trivialen und nun mit einer schweren Niederlage beendeten Nachthprobe von der öffentlichen Meinung böse genommenen Führer des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe suchen jetzt, nach Beendigung ihrer Aussperrung sich auf recht unzulässige Weise wieder als die verlässliche Instanz hinzustellen. Obwohl der Vorsitzende des Unternehmerverbandes im Malergewerbe nach Annahme des neuen Schiedsspruches mit der Leitung des Gehilfenverbandes vereinbarte, daß der Aufnahme der Arbeit zunächst schnellstens drückliche Verhandlungen über die den Orten verbliebenen Streitfragen stattfinden sollten, und versicherte, seine Ortsgruppen, die teilweise die Regelung der drücklichen Differenzen zur Bedingung für die Aufhebung der Aussperrung machten, in diesem Sinne instruieren zu wollen, ließ er einen Tag später, am 24. Mai, bereits zu den Unparteiischen und jammerte ihnen alles mögliche über die Schlichtigkeit der Gehilfen vor, die nicht ohne weiteres in die Vertiefen hineinfließen. Er stellte es so dar, als forderten die Gehilfen jetzt vielfach höhere Löhne als die Schiedssprüche vorsehen, und die Durchführung der Ziffer 4 des neuen Schiedsspruches, nach der, wenn während der Aussperrung Sondertarife in größerem Umfang abgeschlossen worden sind, deren Bedingungen drücklich allgemein durchzuführen werden sollen. Wenn die Gehilfenorganisationen solche Schwierigkeiten machten, müßte er jegliche Verantwortung ablehnen.

Natürlich war diese Sachdarstellung unrichtig, maßlos aufgeblasen und völlig einseitig. Richtig ist, daß die Ortsverwaltungen der Gehilfen sich erst Klarheit darüber verschafften, ob die Aussperrung aufgehoben würde, ob die Unternehmer die Schiedssprüche anerkennen, wann mit der Wiedereinstellung begonnen, wann und in welcher Weise die laut Reichstaxtarifvertrag und Schiedssprüche verbliebenen drücklichen Differenzen erledigt werden sollten u. a. Das war ganz selbstverständlich und entsprach durchaus den Wünschen und Interessen beider Parteien wie auch den Abmachungen deren Vertreter.

Im Gegensatz dazu machten die Unternehmer die größten Schwierigkeiten. Das gesamte Rheinland-Westfalen lehnt bis heute die Schiedssprüche ab und verlangt von den Gehilfen durch Petres die Anerkennung eines vom Unternehmerverband herausgegebenen Tarifs. Wer die Unterschrift unter das Nachwort verweigert, soll auf eine schwarze Liste kommen und ein Jahr lang keine Arbeit mehr erhalten. In Hamburg wurde entgegen den Abmachungen der Zentralorganisationen ein einseitiger Unternehmerarbeitsnachweis errichtet und entgegen den Schiedssprüchen und einer protokollarischen Erklärung für den Gau Norddeutschland die allgemeine Lohnhöhe einfach außer Kraft gesetzt. In einer Anzahl anderer Städte lehnen die Unternehmer den Abschluß eines Lohnvertrages und die Annahme der Schiedssprüche ab, während die in einigen Städten kurz nach Annahme der neuen Bedingungen von den Gehilfen meist aus Unkenntnis gemachten Schwierigkeiten mit verschwindenden Ausnahmen sofort beseitigt worden sind.

Das eine hat der Unternehmerverband durch seine Jeremiade und unrichtige Darstellung der Differenzen, an denen lediglich er durch seine sinnlose Aussperrung und die Disziplinlosigkeit und Tarifbrüche seiner Kollegen, besonders im Rheinland und in Norddeutschland die Schuld trägt, zunächst erreicht, daß ihm die drei Unparteiischen ein Schreiben zur Verfügung stellten, das, weil es die Behauptungen des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes als wahr voraussetzt, den Aufseher erwecken kann, als seien die Gehilfen und nicht die Unternehmer die Verursacher der Differenzen. Da das Schreiben zum Zweck der unläuternden Stimmungsmache auf Veranlassung des Unternehmerverbandes die Kunde durch die bürgerliche Presse macht, drucken wir es hier ab:

An Herrn Emil Kruse in Berlin. Auf Ihre geschätzte Zuschrift vom 24. Mai gestatte ich mir, zugleich im Namen der Herren Rath und Dr. Brenner, folgendes zu erwidern: Die Erklärung der Malergewerkschaft, die Wiederaufnahme der Arbeit von der Beendigung der drücklichen Verhandlungen oder von der Gewährung höherer Löhne, insbesondere der Bezahlung der in den Sondertarifen vorgesehenen Löhne, abhängig zu machen, ist unzulässig. Was im besonderen die Sondertarife angeht, so ist durch Ziffer 4 unseres Schiedsspruches vom 16. Mai d. J. den Gehilfenorganisationen lediglich unter bestimmter Voraussetzung die Möglichkeit eingeräumt, sich mit den drücklichen Arbeitgeberorganisationen gütlich auf die in den Sondertarifen vorgesehenen Löhne zu einigen. Der Deutsche Arbeitgeberverband darf selbstverständlich seinerseits seinen Ortsgruppen keinerlei Hindernisse bereiten und keinerlei darauf abzielende Weisungen erteilen. Andererseits darf von Gehilfenseite keine Zwangsmahregel behufs einer Einigung angewendet werden; falls eine Einigung nicht erzielt wird, so gelten die Schiedssprüche in vollem Umfang. Wir Unparteiischen müssen uns bei den gegebenen Verhältnissen mit diesen Feststellungen begnügen. Im übrigen ist es in erster Linie Sache des Arbeitgeberverbandes, auf Einhaltung der tariflichen Verpflichtungen seitens der Arbeiterorganisationen zu drängen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebend

(gez.) v. Schulz.

Jedenfalls ist es immerhin sonderbar, daß die Unparteiischen, ohne vorher mit sämtlichen Tarifparteien in Verbindung zu treten und den ihnen einseitig unterbreiteten Sachverhalt zu prüfen, in so bestimmter Weise Stellung gegen eine Partei nehmen. Das trägt unseres Erachtens durchaus nicht zur Besserung der drücklichen Schwierigkeiten, besonders in Zeiten, in denen die Gegenstände so aufgelöst sind, wie jetzt zwischen den Unternehmern und Gehilfen im Malergewerbe. Ob dadurch der Sache noch besonders gedient ist, daß ohne vorherige Information einer Partei beigesprungen wird, die die ganzen Differenzen durch eine aus organisationsfeindlichen Gründen herausbeschworene Nachthprobe und jetzt wieder begangene Disziplinlosigkeit und Tarifbrüche ganz der Gewerbeverbände einzig und allein verschuldet hat, muß unbedingt bezweifelt werden.

Lohnbewegungen der Schiffszimmerer.

Nach neunwöchiger Dauer ist der Streik der Schiffszimmerer in Oderberg (Potsd.) beendet worden. Die geforderte Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 48 Pf. wurde anerkannt. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als damit eine Bewegung zum Abschluß gelangt, die veranlaßt wurde, weil die Unternehmer die Mitwirkung des Verbandes der Schiffszimmerer bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen wollten. Wenn vor Jahresfrist das Verlangen der Werftbesitzer in Oderberg noch möglich war, daß jeder Antrag auf Veränderung der Arbeitsverhältnisse durch den Gesellenausschuß der Innung erfolgen müsse, so denkt heute keiner der beteiligten Unternehmer mehr an die Ausschaltung des Verbandes bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In Franz-Ruensfelde ist auf die eingereichte Forderung der Lohn der Schiffszimmerer von 47 1/2 auf 55 Pf. pro Stunde erhöht, die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden täglich herabgesetzt worden.

In Plaue d. S. ist es den organisierten Schiffszimmerern in zwei Betrieben gelungen, den Lohn ohne Arbeitszeitverlängerung um 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen, während in den beiden anderen Betrieben, wo die Arbeiter den Weg zur Organisation noch immer nicht finden konnten, zu dem alten Lohn fortgearbeitet wird.

In Biewelsfelde mußte der Streik ohne Erfolg abgebrochen werden, nachdem ein Teil der Streikenden, von den Unternehmern eingeschüchtern, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hatten.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1912.

Von einer so guten Konjunktur, wie sie in den Zahlen für die gesamte Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt, kann in der Textilindustrie für das Jahr 1912 nicht gesprochen werden. Wie in der auffiegenden Periode des deutschen Wirtschaftslebens der Jahre 1898 bis 1900 die Textilindustrie nur für ganz kurze Zeit — an ihrem Ende — beteiligt war, so scheint das auch für die mit dem Jahre 1909 begonnene Prosperitätsperiode der Fall zu sein. Die Berichte, die allmonatlich von den Ortsverwaltungen des Verbandes über den Beschäftigungsgrad, und, soweit das den Arbeitern möglich ist, über die Beschäftigung dem Vorstande erhalten werden, lassen keinen Zweifel, daß mit Ausnahme der Spinnereien, Webereien, Jutefabriken, Seide- und Samtbetrieben die Beschäftigung oft recht viel zu wünschen übrig ließ. Aus allen diesen Berichten ist klar ersichtlich, daß die Beschäftigung wenig befriedigend war. Der Druck der Krise hat gewiß nachgelassen, aber noch immer standen zahlreiche Maschinen still. Von einer lüdenlosen starren Inanspruchnahme, wie etwa in den Jahren 1906/07, kann in keiner der großen Branchen dieser Industrie die Rede sein. Die am Ende des Jahres 1911 allgemein bemerkbare Besserung des Beschäftigungsgrades hielt nicht an. Sehr bald mochten sich wieder Schwankungen bemerkbar machen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Baumwoll- und Kammgarnspinnereien von diesen Schwankungen nicht unberührt wurden. Die Baumwoll- und Kammgarnspinnereien haben unter der Krise überhaupt am wenigsten gelitten. Diese Spinnereien sind bei weitem nicht imlande, den deutschen Garnbedarf zu decken. Es müssen alljährlich für viele Millionen Mark Baumwollgarn hauptsächlich aus England eingeführt werden. Ebenso bezieht Deutschland etwa 20 Proz. seiner Wollgarn vom Ausland. Aus diesen Tatsachen resultiert die fortwährend gute Beschäftigung bei den Spinnereien. Dagegen waren einige andere Branchen, Jute, Samt und Seide stark in Anspruch genommen.

Der ungehinderten Entfaltung der Konjunktur im Textilgewerbe steht vor allem die sich immer mehr verschärfende Austerität entgegen. Die Textilindustrie ist in der Hauptsache auf den Konsum angewiesen. Arbeiter, Handwerker, Bauern laufen ihre Massenartikel. In die Kaufkraft dieser Bevölkerungsschichten geschwächt, kann nur das Zurückwirken auf den Absatz von Textilprodukten. Erhöhter Absatz wirkt aber zurück auf die Produktion der Industrie. Das Jahr 1912 war nun ein Jahr hochgeschraubter Lebensmittelpreise. Die kleinen Leute, also die Hauptkonsumenten der Erzeugnisse der großen Branchen der Textilindustrie, waren trotz aller Einschränkungen im Verbrauch von besseren Lebensmitteln genötigt, einen größeren Teil ihres Einkommens für Ernährung der Familie auszugeben. Da die Einnahmen nicht entsprechend den gesteigerten Ausgaben stiegen, unterließen die sanit nötigen Käufe von Textilfabrikaten.

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 82 981 männlichen, 48 445 weiblichen, zusammen 131 427 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 87 884 männliche, 54 750 weibliche, zusammen 142 634 Mitglieder im Jahre 1912. Die Zunahme beträgt 11 207 Mitglieder. Die ständig zunehmenden Zahlen der weiblichen Mitglieder beweisen, daß die Arbeiterinnenbewegung im Gewerbe unauflöslich vorwärts schreitet. Ein nicht geringer Teil der damit verbundenen agitatorischen Arbeit entfällt auf jene weiblichen Mitglieder, die durch die Arbeiterinnenkongresse und durch Diskussionsabende zur Mitarbeit geschult, sich in selbstloser Arbeit und Aufopferung an allen Agitationen beteiligen. Besonders ist es die Hausagitation, der sich die Arbeiterinnen immer mehr zuwenden. Daß dies Agitationsgebiet den Arbeiterinnen besonders zusagt, beweisen die überraschenden Erfolge, die an verschiedenen Orten dabei erzielt wurden.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes balancierten mit 4 188 028 M. Der Kassenbestand stieg von 1 464 283 M. auf 1 691 017 M. Für Unterhaltungen verausgabte der Verband: Krankenunterstützung 396 448 M., Arbeitslosenunterstützung 141 631 M., Sterbeunterstützung 17 221 M., Reiseunterstützung 41 426 M., Streifenunterstützung 708 065 M., Gemahragelunterstützung 48 277 M., Markt-, Umzugsunterstützung 13 784 M., Kontenunterstützung 10 208 M., Rechtschutz 11 024 M. Neben diesen Unterstützungsleistungen ist der Kampf um wirtschaftliche Besserstellungen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen lebhafter denn je geführt worden. Das Jahr 1911 brachte der Organisation 259 Bewegungen in 963 Betrieben mit 70 622 Beteiligten, dagegen waren im Jahre 1912 320 Bewegungen in 766 Betrieben mit 73 806 Beteiligten zu verzeichnen. Der Verlauf der Bewegungen bezüglich der erzielten Lohn- und Arbeitsbedingungen ist im wesentlichen günstiger als im Vorjahre. Insgesamt wurden bei allen Bewegungen erreicht für 16 651 Personen 49 760 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche, für 36 558 Personen 43 197 M. Lohn- und Arbeitszeitverkürzung pro Woche, außerdem für 3910 Personen bessere Bezahlung der Überzeitarbeit und für 22 731 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses. Tarife wurden 18 für 2280 beteiligte Personen abgeschlossen.

Im Vorjahre sind von den Mitgliedern an Beiträgen 2 174 814 Mark geleistet worden. Wimmelt man diesen Betrag als werbendes Kapital für das Jahr 1912, dann ist er fast reiflos den Mitgliedern in Form von Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen wieder zugeflossen. Die kleinen Werte in Form der Arbeitszeitverkürzung sind den Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen mindestens gleich zu achten. Dazu kommen noch rund 1 358 000 M., an die Mitglieder gewährte Unterstützungen. So ansehnlich die Erfolge sind, hätten sie im Interesse der Mitglieder noch besser sein dürfen; es darf aber bei der Beurteilung nicht außer acht bleiben, daß die Textilindustrie in ihrer Gesamtheit eben nicht die anhaltend gute Konjunktur zu verzeichnen hatte, wie es in vielen anderen Industriezweigen der Fall war.

Trotzdem werden sich auch in diesem Jahre wieder „begabte Federn“ finden, die sich im Schwelche ihres Angehens abmühen, um den Textilarbeitern nachzuweisen, daß ihnen die Organisation gar nichts nützen kann. So manche Lohnforderung könnte heute schon ohne weiteres mit den Mitteln beglichen werden, die viele Textilunternehmer dem „glorreichen Reichverband“ und seinen Sekretären zuführen. Das Geld, das für diese vermeintlichen „Organisationsverrichtungen“ ausgegeben wird, trägt nach keiner Seite hin Jinsen. Der Textilarbeiterverband wächst an Zahl der Mitglieder von Jahr zu Jahr und damit wachsen auch seine Erfolge.

Letzte Nachrichten.

Die vertagte Ministerzusammenkunft.

Wien, 31. Mai. (W. T. B.) Ueber die Gründe der Vertagung der Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten Raschitsch und Gschow erfährt die „Neue Freie Presse“ aus Belgrad: Ministerpräsident Raschitsch ist zu der Zusammenkunft nur unter der Bedingung bereit, daß Bulgarien sich vor der Revision des Bündnisvertrages prinzipiell stimmt. Eine diesbezügliche Mitteilung wird stündlich aus Sofia erwartet.

Belgrad, 31. Mai. (W. T. B.) Wie in maßgebenden Kreisen berichtet wird, ist die Anregung zu der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Raschitsch und Gschow von bulgarischer Seite erfolgt. Auch der „Politika“ zufolge wird von der serbischen Regierung die Forderung aufgestellt, daß Bulgarien vor der Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten seinen Standpunkt in der Grenzfrage genau präzisieren. Bis zur Stunde ist es noch ungewiß, ob und wann die Zusammenkunft stattfinden soll.

Roosevelt war nicht betrunken.

Marquette, 31. Mai. (W. T. B.) Im Beleuchtungsprozeß Roosevelt-Rewelt hat der Angeklagte Rewelt den Vorwurf der Betrunkenheit zurückgenommen und sein Pedauern angebrüllt. Roosevelt hat darauf den Richter ersucht, die Geschworenen anzuweisen, nur auf nominellen Schadenersatz zu erkennen.

Reichstag.

156. Sitzung. Sonnabend, den 31. Mai 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück.

Die Besprechung über die

Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) betr. Einschränkung des Vereinsgesetzes und des Pres.-gesetzes in Elsaß-Lothringen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. van Galle (Nat.): Ich hoffe, daß aus der Diskussion eine gute Wirkung für die innere Entwicklung Elsaß-Lothringens hervorgeht... Die Besprechung über die Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) betr. Einschränkung des Vereinsgesetzes und des Pres.-gesetzes in Elsaß-Lothringen wird fortgesetzt.

Wir müssen daran denken, wie allgemein die Entrüstung hier im Januar war über die nationalisierenden Umtriebe, und wie der elsässischen Regierung zum Ausdruck gebracht wurde, sie dürfe das nicht dulden.

Aus dem Vortrurf, der im Januar allgemein der elsässischen Regierung gemacht wurde, weil sie nicht einmüßig, sondern ihre Anträge zu erklären über die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht geeignet, das zu erreichen, was sie wollen.

Abg. Schütz (Np.): Wenn die Regierung nach pflichtmäßigem Ermessen Ausnahmemaßnahmen für nötig hält, wird sie sich in ihrer Einbringung durch die hier geübte Kritik nicht abhalten lassen.

Abg. Haug (Cf.): Alle Neben, die hier noch gehalten werden, dienen ja wohl doch nur dazu, einen Lehnam einzuzublasieren. Der Nationalismus lebt überhaupt nur von den Fehlern der elsäß-lothringischen Regierung.

Die Zahl der Nationalisten in dem Sinne, daß sie eine Fortrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland erstreben, ist so äußerst gering, daß derentwegen solche Maßnahmen wirklich nicht notwendig sind.

Kleines feuilleton.

Der Papagei. Ein rechtsstehendes Blatt bringt eine schlechte Satire auf die Verhältnisse der Budgetkommission, die über die Wehrvorlage beraten hat.

Oder ist es klar gesagt. Unsere Soldaten laufen wie die Vopagen herum, ein alter General hat alle Farben des Regenbogens auf dem Leib, und er würde im Gelände, wie längst die Realkamer wasser infort niedergeknallt werden, weil man ihn in Damburg sieht, wenn er in Läden angewandelt kommt.

Wie sagt jener? „Des Königs Kod.“ Haben Sie schon einmal eine Einleitung der neuen Rekruten mitgemacht? Nun, da kommen die Köde der alten Mannschaften, deren Schweiß und Schweiß ausgekostet, aber nicht vergessen worden ist, aus der Staubigen Kammer und sind gar kein Symbol von des Königs Herrlichkeit, sondern nur widerlich. Des Königs Kod!

Der Stolz auf des Königs Kod! Gewiß: auf den Kod. Oder werden etwa die Köde angepudert, getreten, geschlagen? Der gemeine Mann, der Keel wird es.

Wie gesagt: Stolz, und Betwunderung. Denn er umfährt gleichmäßig Gerechte und Unteroffiziere.

Das Wunderbare. Von den vielen Bestwundern des Altertums rogen nur noch die Pyramiden Ägyptens trotzig empor; unbeirrt durch den neuen Geist, der die Welt zu ihren Füßen beherrschte, reden sie die Sprache seiner Jahrtausende.

Eine amerikanische Zeitschrift stellte durch eine Rundfrage fest, welches wohl die sieben wunderbarsten Werke der Gegenwart wären, und welchem vor allen anderen der erste Preis gebühre.

Von allen wirkenden Naturkräften hat jene die größte Bedeutung für die Gegenwart erlangt, für die wir kein Sinnesorgan haben: die Elektrizität.

wird aus der elsässischen Bevölkerung selbst kommen. (Bravo! bei den Nationalisten.)

Abg. Köfer (Sp.): Aus den Verhandlungen wird die elsässische Bevölkerung die Verabgung entnehmen, daß die Vorschläge der elsässischen Regierung nicht Gesetz werden können, und ich bin dem Herrn Reichskanzler für seine Erklärung, ein neuer Kurs soll nicht eingeschlagen werden, dankbar und verzeihe ihm deshalb die Entschuldigungen der elsässischen Regierung.

Abg. v. Ladzewski (Pole): Die Maßnahmen gegen ausländische Blätter können nach ihrem Wortlaut auch gegen polnische Zeitungen angewandt werden. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der „Post“, die, als die Maßnahmen bekannt wurden, schrieb: „Wir haben Elsaß-Lothringen mit dem Schwert gewonnen und können mit ihm machen, was wir wollen.“

Abg. Schütz (Np.): Wenn die Regierung nach pflichtmäßigem Ermessen Ausnahmemaßnahmen für nötig hält, wird sie sich in ihrer Einbringung durch die hier geübte Kritik nicht abhalten lassen.

Abg. Haug (Cf.): Alle Neben, die hier noch gehalten werden, dienen ja wohl doch nur dazu, einen Lehnam einzuzublasieren. Der Nationalismus lebt überhaupt nur von den Fehlern der elsäß-lothringischen Regierung.

hört!) Unsere Regierung legt ein Mißtrauensvotum des Parlaments zum anderen; es scheint ihr nur darauf anzukommen, daß ihr die kaiserliche Gnade schon scheint. Die Folge ihrer Politik ist nichts als eine zunehmende Radikalisierung des elsäß-lothringischen Bürgertums. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Der Vordredner hat der Regierung von Elsaß-Lothringen sein tiefempfundenes Mitleid mit der Behandlung ausgesprochen, die ihr geselern und heute hier widerfahren ist. Ich hatte bis zu dieser Stunde mit gespanntester Angeledud auf die Erklärung gewartet, die der Herr Unterstaatssekretär Mandel dem Reichstag über die Gründe seines Vorgehens geben wird.

Die hier beabsichtigten Ausnahmemaßnahmen konnten nur das Ziel erreichen, das Selbstbewußtsein eines freieimpfindenden Volkes zu kränken und zu erbittern. Das ist keine weise Politik.

Abg. Haug (Cf.): Alle Neben, die hier noch gehalten werden, dienen ja wohl doch nur dazu, einen Lehnam einzuzublasieren. Der Nationalismus lebt überhaupt nur von den Fehlern der elsäß-lothringischen Regierung.

Theater.

Theater am Kollendorfsplatz: Sommergastspiel unter Artur Negbach: Der Mann mit der grünen Maske, Burleske von J. Horst und A. Lippich. Herr Negbach, der vor ein paar Sommern eine wirkliche Burleske „Die Million“ in sehr hübscher Aufmachung herausgebracht, hat mit der „Grünen Maske“, wenn es natürlich auch am üblichem Premierenauftritt nicht mangelte, keinen Treffer geholt.

Humor und Satire.

Weiterwirtschaft.

Wenn der Bürger sich erbietet, frei und rundheraus zu fragen: Was hat Bethmann denn geleistet? Hört man wohl die Antwort sagen: Positiv!

Steht es schief! Immerhin: er dachte tief!

Von dem Lenker unfres Staats hört man nun von ungefähr, daß er — wenn auch dritten Grades — Richard Wagners Weiter wäre.

Blötzlich steht Beth erhöht, Zweifel scheinen fortgeweht.

Und man steht ihm keine Rot an, und man möchte Theobalden Mit Vergnügen für den Boten unfres Preußenhimmels halten, wo er sitzt.

Und nicht schwipst, sondern immer kräftig blüht.

Wer in Verfolg des weitem Lehrt und die Erfahrung Korek, Denn sein Geist steck in den Kleibern, Eines prühschen Majores; Und man sprich: Betermpflicht Kennst der Genius Scheinbar nicht! (Jugend!)

Notizen.

— Bleibt Hoffmann Stadtbaurat? Zu dieser Frage, die mit Hoffmanns Wahl zum Opernhausarchitekten aktuell wird, teilt das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mit: Lieber die Art der Tätigkeit des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann beim Opernhaus sei seines Wissens eine Bestimmung noch nicht getroffen worden.

— Theaterchronik. Im Josef-Kainz-Theater am Kleinen Bannsee finden jetzt Interimsvorstellungen zu 2.20 M. und 1.20 M. statt, und zwar heute nachmittags 8 Uhr: Mecca, 6 Uhr: Lustspiele von J. B. Widmann, ebenso am Montag 7 1/2 Uhr: Lustspiele.

— Immer wieder Fritgers Diergedicht und die Konserwativen. Ueber das Gedicht von Artur Fritger, das in der Osternummer des „Vorwärts“ stand, mag die konservative Presse sich durchaus nicht beruhigen.

— Der Verfasser Artur Fritger ist ein Liebling der bläheroten Presse, also ein echter liberaler Kulturträger. Daß er seine tendenziösen Erzeugnisse (nebenbei ist er auch noch Maler) jetzt der ganz roten Presse anbietet, zeigt, daß die Klüft zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten garnicht so groß ist.

— Der Wert des Eberwalders Goldfundes. Professor Schuchardt schätzte den Metallwert des Eberwalders Fundes auf 7000 M. ein. Der Kunstwert erhöht diese Summe, wie er feststellt, auf 20 000 M.

— Die Wiener Freie Volkshöhne zählt jetzt, wie in der Delegiertenversammlung des Vereins mitgeteilt wurde, 24 865 Mitglieder und 316 781 Kronen Jahresbeimnahme.

— Oesterreichische Südpolexpedition. In der heutigen Sitzung der geographischen Gesellschaft wurde von einer geplanten österreichischen Südpolexpedition Mitteilung gemacht.

— Oesterreichische Südpolexpedition. In der heutigen Sitzung der geographischen Gesellschaft wurde von einer geplanten österreichischen Südpolexpedition Mitteilung gemacht, die am 2. Mai 1914 unter Führung des Grazer Forschers Felix König mit dem von der Zährnerischen Expedition angekauften Schiff „Deutschland“ zu wissenschaftlichen Zwecken unternommen werden soll.

Wohlfeile Woche!

Montag

Blaue Kostüme... 9⁷⁵ 12⁵⁰ 15⁰⁰
19⁷⁵ 26⁰⁰ 27⁵⁰

Fantasie-Kostüme 8⁷⁵ 11⁵⁰ 14²⁵
16⁷⁵ 22⁵⁰ 25⁰⁰

Wasch-Kostüme 7⁵⁰ 10⁷⁵ 14⁰⁰
18⁰⁰ usw.

Mittwoch

Weisse Kleider... 9⁷⁵ 13⁷⁵ 18⁰⁰
21⁰⁰ 24⁵⁰ 27⁷⁵

Farbige Kleider 12⁵⁰ 14⁷⁵ 17⁵⁰
19⁷⁵ 22²⁵ 24⁰⁰

Musselin-Kleider 9⁷⁵ 13⁵⁰ 16⁷⁵
19⁵⁰ 22⁰⁰ 24⁵⁰

C & A

BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Alle Preise gelten
nur für diese Woche!

Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestrasse 113
Ecke Invalidenstrasse

Dienstag

Popeline - Paletots 8⁷⁵ 9⁷⁵ 12⁷⁵
16⁵⁰ 18⁷⁵ 21⁷⁵

Alpacca - Paletots 8⁵⁰ 11²⁵ 14⁰⁰
16⁵⁰ 19²⁵

Fantasie - Paletots 5⁷⁵ 8²⁵ 10⁷⁵
13⁵⁰ 17⁵⁰ 22⁰⁰

Donnerstag

Wasch-Röcke 2⁵⁰ 3⁷⁵ 4⁵⁰
5⁷⁵ 7⁰⁰ 8⁵⁰

Blaue Röcke 3²⁵ 4⁷⁵ 6⁰⁰
7⁵⁰ 9²⁵ 12⁰⁰

Fantasie-Röcke 2²⁵ 3⁵⁰ 5⁰⁰
6⁵⁰ 8⁰⁰ 9⁷⁵

Freitag

Weisse Blusen 95 Pf. 1⁵⁰ 2²⁵
3⁷⁵ 5²⁵ 8⁵⁰

Farbige Blusen 2²⁵ 3⁷⁵ 5²⁵
6⁷⁵ 8⁰⁰ 9⁷⁵

Musselin-Blusen 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁷⁵
5⁵⁰ usw.

Sonntag

Ganz ausserordentliche Angebote
in sämtlichen Artikeln!

Kommen Sie frühzeitig, um davon
zu profitieren!

Sonntags geschlossen!

Andreas-Festsäle

Telephon: Königst. 3530. Andreasstr. 21.
empfiehlt den geehrten Vereinen und Gewerkschaften seine Säle zu
Versammlungen und Festlichkeiten. Auslände Bedingungen.
Einige Sonntage und Sonntage noch frei!

H. Borgmann & F. Scholz.

Spezialarzt

f. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Gebärmutter-Kuren in
u. Co. ions.
Laborat.
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, gegenüber
Cyr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Biesdorf

Station der Stadtbahn

Route 20 Mk. an

Neu-Sadowa

Stat. Sadowa, n. d. Strasse n. Biesdorf

Route 15 Mk. an

Auskunft bei unserem Vertreter

Neugebauer, Biesdorf, Karl-

strasse, No. 39, Neu-Sadowa:

Restaurant „Waldfrieden“.

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 41, Neus Königstr. 15

Fernsprech. Amt Königst. 6876.

Haut- röte

sowie alle Arten von Hautunreinig-
keiten, Hautauschlägen wie Bläs-
chen, Witzel, Flechten, Finnen,
Wickeln, Pusteln usw. verschwinden
durch täglichen Gebrauch der echten

Steckennferd-
Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul

Stück 50 Pf. Überall zu haben.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Diese Schutzmarke



und der Name

Continental

sind die beste Garantie für die lange
Lebensdauer von Auto- und Fahrradreifen

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co.,
Hannover.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E.G.m.b.H.)

gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge
und
Sommer-Paletots,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen.

Kinder-Anzüge in allen Größen.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft
Berlin und Umgegend.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

102/1*

Tel. Amt Norden 1501.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

In dieser Woche:

Grosser Verkauf von

Extra-Preise

Sommer-Konfektion

Blusen

- Bluse aus Crêpe-Voile mit farbiger Seidenschleife 3.75
- Bluse aus Voile, mit grossem Jabot und Stickereistoff garniert 4.90
- Bluse aus Voile, mit Jabot und Hohlbaum 5.75
- Bluse aus Crêpe-Voile, mit Jabot und farbigem Voile garniert 5.25
- Bluse aus Voile, m. grossem Kragen und bunter Stickerei garniert 7.75
- Bluse aus Voile, mit gross. Spitzen-Jabot und Kragen garniert 9.75
- Wiener Bluse mit eleg. Jabot und reich. Valenciennes-Garnitur 12.50
- Wiener Bluse aus Voile, m. eleg. Stick. u. echtem irischen Einsatz 14.50

Kostümröcke

- Kostümrock aus imit. Leinen, mit Stickerei oder mit Einsätzen oder Hohlstick 4.40
- Kostümrock, Halbleinen, mit Sattel u. Falten oder Stickerei oder imit. Leinen mit hoher Stickerei 7.00
- Kostümrock aus Frotté, Côtelé oder Halbleinen, modern garniert 10.50
- Kostümrock aus woll. Cheviot, glatt oder mit Falte 8.75
- Kostümrock aus woll. Cheviot, glatt oder mit Stickerei 12.00

Weisse Damen-Kleider

durchweg eigene Anfertigung.

- Stickereikleid, reich mit Einsätzen und Säumchenstoff garniert 10.75
- Batistkleid, reich mit Stickerei und Spitzen-Einsätzen garniert 10.75
- Wasch-Voilekleid, mit breiten und schmalen Spitzen-Eins. u. Säumch. garniert 10.75
- Wasch-Voilekleid, reich mit Tüll- u. Spitzen-Einsätzen garn. Seidenband-Gürtel 15.50
- Wasch-Voilekleid, mit Tüll- und Spitzen-Einsätzen garniert 15.50
- Kleid aus mod. Neugeuxstoff, imit. Säumchenstoff und Stickerei-Eins. garn.

10.75

15.50

- Wasch-Kreppkleid reich mit Säumchen und Spitzen-Einsätzen garn.
- Kleid aus mod. Neugeuxstoff, reich gestickt, mit Einsatz u. Säumchen garn.
- Wasch-Voilekleid, reich mit Stickerei und Spitzen-Einsatz. garniert

23 Mk.

- Wasch-Voilekleid, reich gestickt, m. Säumch. Einsatz. u. aparter Passengarnitur 29 Mk.

29 Mk.

- Wasch-Kreppkleid reich mit klöppelartigem Eins. eleg. Handstick. u. Seidenbandgürtel garniert
- Wasch-Kreppkleid m. Säumch. u. Stick-Eins. garn., Seidenband-Gürtel

Damen-Hüte

garniert, für Strand und Garten

- Stickerei- oder Spitzen-Charlotte für Kinder 3.25
- für junge Mädchen 4.50
- für Damen 5.75
- Natur-Bowen mit Schal-Garnitur 3.25
- Gebleichte Bowen mit verschiedenen Garnituren 4.90
- Spartrie Panama-Form, für junge Mädchen 2.75
- Spartrie Panama-Form, für Damen 3.60
- Curacao gebleichte Panama-Form, mit Sammetband 7.75
- Garten-Hüte f. Damen, mit Mullrüsche, Blumen oder Band 3.25

Morgenröcke

aus bedruckten, besonders günstig gekauften baumwollenen Voiles, elegants Master. Durchweg eigene Anfertigung.

- Morgenrock Kragen und Aufschläge aus Plumet oder Voile und Einsatz 10.75
- Matinee Geishaform mit Einsatz und Bandrosette 4.90
- Matinee Kragen und Aufschläge aus Plumet mit Einsatz u. Bandrosette 5.90

Bilanz, aufgestellt am 31. Dezember 1912.

| Aktiva | | Passiva | |
|------------------------------|----------|------------------------------------|----------|
| En. Bank-Ronto | 9947,50 | Ver. Geschäftsteil-Ronto | 7487,40 |
| Debit-Ronto | 1,- | Reservefonds-Ronto | 1021,95 |
| Gez-Rentions-Ronto | 100,- | Dividenden-Ronto | 100,- |
| Debitoren-Ronto | 350,- | Bankfonds-Ronto | 1319,52 |
| Rebau-Ronto | 200,- | Dividenden-Ronto | 142,27 |
| Staffa-Ronto | 300,87 | Gewinn-Ronto | 789,23 |
| | 10859,37 | | 10859,37 |

Wüligesbestand am 1. Januar 1912: 181 Genossen, ausgezogen 12, neu aufgenommen 23; mithin 192 Genossen. Das Geschäftsguthaben der Genossen hat sich um 1650 R. erhöht, die Gesamtsumme ebenfalls um 1650 R. Letztere belief sich am 31. Dezember 1912 auf 11 550 R.

Strassn, den 31. Dezember 1912. 10576
Bau- und Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Karl Schreind. Max Schulbig. Paul Stügelmaier.

Moor- u. Stahlbad BUKOWINE

Reg.-Bez. Breslau, direkte Bahnverbindung Linie Ols-Ostrowa. Heilbewährt seit 1736 gegen Rheumatismus, Gicht, Blutarthrit, Nerven- und Frauenleiden. — Natürliche, Moor- u. Stahlbäder, Elektrische- und Kohlensäurebäder, sowie alle anderen mediz. Zusatzbäder. — Wohlfeiler, angenehmer Badeaufenthalt. Neues modern eingerichtetes Logierhaus, 25 Zimmer, Herrliche ausgedehnte Waldungen. — Badekarte: Medizinalrat Dr. Furch, Dr. Kummer und Dr. Oczegowski. — Prospekte bereitwillig durch die Graf.-Strachwitz'schen Badebüro, Nitta u. Woltzendorf

Rituelle Küche, Referenz Rab. Dr. Neuhaus, Ostrowa.

Genstr.: Zentrum 1806 Traht-Str.: Gärtnershand

Gärtnershaus Bernhard Schwartz
Gärtners, Portieren, Teppiche
Berlin, Wallstr. 13 - Spindlershof

!Größt. Bezugsquelle! !Nied. Einzelverkauf!

Zum neuen Schultheiß
Seestr. 40, Ecke Genter Str.
Speisen zu jeder Tageszeit
Vereinszimmer zu vergeb.

Wasserbaustellen,
Berl. am Königl. Forst. Straße, Gas.
Rute 65 III. ab 190/11*
Geheimpfand am Damerhofsee.
Berodifikation Wilhelmshagen u. Erfner.

Sie brauchen keine Seife

Seifenpulver, Soda oder sonstige Waschzusätze, wenn Sie mit Persil waschen, denn dessen selbsttätige Wirkung wird dadurch nur beeinträchtigt und sein Gebrauch unnütz verteuert. **Persil**

wäscht ganz von selbst

ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges etwa halbstündiges Kochen. Also denkbar einfachste Anwendung, bei grösster Zeitersparnis und Schonung des Gewebes. Da Persil gleichzeitig stark desinfizierende Wirkung besitzt, so eignet es sich besonders vorteilhaft für die Reinigung von

Kranken- u. Kinderwäsche

die dadurch vollkommen keimfrei gemacht wird.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten



Die schmutzigste Wäsche

wird durch Persil im Nu wieder vollkommen rein und schneeweiss, wie auf dem Rasen gebleicht. Aller Staub, Schmutz, Schweiß, Fett, ja selbst die hartnäckigsten Flecken verschwinden sofort, ohne dass das Gewebe im geringsten angegriffen wird. Deshalb besonders empfehlenswert für gewerbliche Berufswäsche, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur- u. Anstreicherkleidung, Arbeiterkittel und Schürzen. — Auch für

Woll- und Buntwäsche

ist Persil das idealste Waschmittel. Beim Waschen in stark handwarmer Persillauge (ohne Kochen) bleibt die Wolle stets locker, griffig und wird nie filzig.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Henkel's Bleich-Soda.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

St. Louis- und San Francisco-Bahn.

Es gehört bekanntlich mit zu den Aufgaben des „nationalen“ Kapitals, ausländische Unternehmungen und Körperschaften finanziell zu unterstützen. Bringt die Beteiligung für den deutschen Kapitalisten reichlichen Profit, so gilt das als ein Erfolg der heimischen Volkswirtschaft, und je nach der Höhe der Dividenden und sonstigen Einkünfte steigt das Lob der Bankhäuser, die den deutschen Einfluss im Ausland mehren. Wehe aber den Banken, die ausländische Wertpapiere einführen, deren Kurse infolge irgendwelcher Gründe sinken! So verfielen in der vergangenen Woche der Mißbilligung der Finanzpresse die Berliner Handelsgesellschaft und die Deutsche Bank, die vor wenigen Jahren Bonds (Schuldverpflichtungen) der St. Louis- und San Francisco-Eisenbahngesellschaft in Deutschland einführen. Die Enttäuschung der Besitzer dieser Bonds ist allerdings nicht gering. Im vergangenen Jahre wurden fünfprozentige Bonds der Gesellschaft an der Berliner Börse zu 80 notiert. In der vergangenen Woche handelte man sie zu 58 1/2 Proz., während sie zu Anfang des Monats Mai noch auf 70 1/2 standen. Die vierprozentigen Bonds erlebten einen Sturz von 82 1/2 im Vorjahre auf 68 am vergangenen Mittwoch, gegen 73 1/2 am Anfang Mai.

Die Ursachen des starken Kursrückgangs der St. Louis-Bonds sind in Zahlungsschwierigkeiten der amerikanischen Gesellschaft zu suchen. Schon vor mehreren Jahren war die Gesellschaft in finanzielle Verlegenheiten geraten, so daß man fürchtete, sie würde die Zinszahlung für die angegebenen Schuldverpflichtungen einstellen. Durch rasche Ausdehnung, Aufnahme verschiedener anderer Linien und Erweiterung des Anleiheprogramms suchte sie der Klemme zu entgehen. Zu einer Gesundung kam es trotzdem nicht. In den letzten Jahren haben nur die Vorzugsaktien ersten Ranges Dividenden erhalten; die Vorzugsaktien zweiter Gattung haben in den letzten vier Jahren und die Stammaktien seit 1898 überhaupt nicht an der Dividendenzahlung teilgenommen. Im größten Maße die Schwierigkeiten im Jahre 1907/08, der Zeit teurerer Geldpreise. Auch die gegenwärtige finanzielle Bedrängnis ist auf die durch allgemeine Geldknappheit verursachte Unmöglichkeit zurückzuführen, Kapitalien zu beschaffen. Da die Gesellschaft nicht am 1. Juni 2 1/2 Millionen Dollar kurzfristiger Noten einlösen kann, ist auf Antrag einer Hauptgläubigerin die Zwangsverwaltung über die Gesellschaft verhängt worden. Die relativ kleine Schuldsumme bildet dabei nur den äußeren Anlaß für den Konkurs. In den nächsten Monaten würde die Bahn vor neuen Schwierigkeiten stehen.

Die Maßnahme, die die Gesellschaft aus der früheren Unrentabilität befreien sollte, hat sie gerade von neuem verstrickt: die angegliederten Linien weisen schlechte Ergebnisse auf. Im laufenden Betriebsjahr hat die Stammlinie noch einigermaßen günstig abgeschlossen. Einzelne Tochterunternehmen dagegen, für die von der St. Louis Dividendengarantie übernommen worden sind, hatten große Ausfälle. Die Ueberflüsse müßten daher zur Dividendenzahlung für die Zweiggesellschaften verwendet werden. Als solche nennt man die Chicago Eastern and Illinoisbahn und deren Tochtergesellschaften New Orleans, Texas- und Mexikobahn. Für die Chicago Eastern and Illinoisbahn ist denn auch der Zwangsverwalter eingesetzt worden.

Die vielfache Zueinandererschachtelung von Bahngesellschaften zu schwer durchsichtigen Konzernen ist eine Eigentümlichkeit des nordamerikanischen Eisenbahnwesens, dem staatliche Bahnen fremd sind. Die vielfache Konkurrenz durch andere Privatlinien zwingt bei der ungeheuren Schädigung, die durch diese Konkurrenz hervorgerufen werden kann, zu immer neuen Fusionen, die nie zum Stillstand kommen. So entstehen ganze Eisenbahnsysteme, die durch die Kapitalien großer Finanzgesellschaften zusammengehalten werden. Die St. Louis- und San Francisco-Bahn gehört dem Road Island-System an. Das Haupt dieses Systems ist die Road Island-Gesellschaft mit 138 Millionen Dollar Kapital. Sie ist eine reine Finanzgesellschaft, die sämtliche Aktien einer zweiten reinen finanziellen Kontrollgesellschaft, der Chicago, Road Island and Pacific Railroad (145 Millionen Dollar Kapital) besitzt. Von der Chicago Railroad sind nun zwei große Bahnkonzerne abhängig, deren Stammgesellschaften die St. Louis und San Francisco und die Chicago, Road Island and Pacific Railroad sind. Von der St. Louis sind nun weitere 13 Eisenbahngesellschaften direkt oder indirekt abhängig, während der Chicago Railroad 14 Gesellschaften angegliedert sind. Seit 1896 hat sich dadurch das Eisenbahnnetz der St. Louis-Gesellschaft vervielfacht; es umfaßt heute etwa 6000 Kilometer. Finanziell hat diese reichliche Angliederung die Gesellschaft stark „verwässert“. Das Aktienkapital von 50 Millionen Dollar teilt sich in Vorzugs- und Stammaktien. Aber nur die Vorzugsaktien erster Ordnung in Höhe von 5 Millionen Dollar haben seit 1896 regelmäßig ihre Garantiedividende von 4 Proz. erhalten. Die übrigen 45 Millionen in den letzten Jahren völlig dividendenloser Aktien repräsentieren keinen großen Wert mehr. Zu diesen Passiven gesellt sich aber noch eine ungeheure Obligationenschuld von über 300 Millionen Dollar.

Von den Bonds werden an deutschen Börsen (Berlin und Frankfurt) 68,5 Millionen Dollar vierprozentiger Anleihe und 42,6 Millionen Dollar fünfprozentiger Anleihe gehandelt. Die fünfprozentigen Bonds wurden von der Deutschen Bank und Lazar Speyer-Elfen (Frankfurt) im Januar 1910 zu 90 Proz. und im Januar 1911 zu 88 Proz. ausgegeben. In diesem niedrigen Kurs, der einer realen Verzinsung von 6 1/2 Proz. entspricht, liegt nun schon ein gewisser Hinweis, daß der Besitz der Papiere mit großem Risiko verknüpft ist. Sichere, festverzinsliche Anlagen müssen sich mit geringeren Prozenten begnügen. Aber es entbehrt nicht einer gewissen Gemütsnaivität, wenn die Emissionshäuser (Deutsche Bank und Speyer) jetzt zur Entschuldigung für ihre frühere Anpreisung der Werte auf diese hohe Verzinsung hinweisen, in der ein Warnungssignal gelegen hätte. Bei der Ankündigung mußte doch aber gerade der hohe Zins als besonderes Lockmittel herhalten!

Als Rettungsaktion für die Besitzer von Bonds haben sich die New Yorker Emissionshäuser erbötet, die am 1. November fälligen Coupons zu bevorzugen, falls die Bonds bei ihnen deponiert werden. Auf Grund der ihnen zeitweilig überlassenen Bonds werden die Banken natürlich die Reorganisation so regeln, daß ihre Interessen in erster Linie bedacht werden. Wahrscheinlich werden sie in kurzem Prospekt herausgeben, die für Uebernahme neuer Bonds wiederum hohe Rentabilität versprechen.

„Freiheit“. Die öffentlich geführten Verhandlungen begannen am Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr. Genosse Hofmann hielt die Versammlung im Namen der Ortsmitgliedern herzlich willkommen. Der Bundesvorsitzende, Genosse Liehr, eröffnete im Namen des Bundes die Verhandlungen und beleuchtete in längerer Ausführungen das bisherige günstige Fortschreiten des Bundes, trotzdem oft schwierige Verhältnisse zu überwinden waren. Als Leiter der Verhandlungen wurden die Genossen Hermann Groß-Berlin und Ludwig Hofmann-Mannheim gewählt. Hierauf trat man in die Tagesordnung ein, die folgende Punkte aufwies: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Kassenbericht, 3. Bericht der Besprechungskommission, 4. Presse, 5. Anträge, 6. Neuwahl. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte der Bundesvorsitzende Genosse Liehr aus, daß der Bund seit dem Jahre 1911 von 84 auf 87 Vereine angewachsen sei. In circa 80 Sitzungen seien die Angelegenheiten, welche vorliegen, erledigt worden. In den beiden vorhergehenden Geschäftsjahren seien 2000 Post-Ein- und Ausgänge zu verzeichnen, eine Arbeit, die von einer Person ehrenamtlich ausgeführt wurde. — Bei der Diskussion über den Geschäftsbericht wird dem Genossen Baumann in der Klagefache, welche der Bundesvorsitzende Karl Fischer und der Redakteur Martin Labbe, Offenbach, vom Bunde „Solidarität“ gegen ihn angehängt haben, Rechtschutz gewährt. Desgleichen wird dem Genossen Adermann in seiner Klagefache gegen Freuh nachträglich Rechtschutz zugebilligt.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Genosse Liehr den Kassenbericht für die Zeit vom 22. Mai 1911 bis 30. April 1913. Danach betrug die Einnahme 19 778,90 M., die Ausgabe 13 896,73 M., so daß ein Bestand von 5832,17 M. verbleibt. Es sind unter anderem ausgezahlt worden an Sterbegeld 1534 M., Unfallunterstützung 2679 M., für Agitation 1752 M., für Rechtschutz 912 M. Der Verein hat beim Gewerkschaftshaus in Breslau ein Gutshaben von 1000 M.

Nach Entlastung des Gesamtvorstandes gab Genosse Kirchner den Bericht der Presse, den der Expedient des Organs, Genosse Siegmund, ergänzte.

Beim Punkt Statutenänderung wurde eine Verbesserung beschlossen, indem die Unfallunterstützung nach dem vierten Jahre der Mitgliedschaft auf 1,75 M. pro Arbeitstag oder 10,50 M. pro Woche festgesetzt wurde. Ferner wurde dem Bunde ein Syndikat u. s. bewilligt, welches gegen Vorsehung einer vom Bund ausgestellten Legitimation in allen Rechtsfragen unentgeltlich Auskunft erteilt.

Beim Punkt „Neuwahl“ wird der Genosse Liehr einstimmig wiedergewählt, möglichenfalls die Wahl des Redakteurs dem Bundesvorstand überlassen wurde.

Die Bannerweihe und das zehnjährige Stiftungsfest des A. N. V. „Freiheit“ in den Räumen des „Koloosseum“ vereinte die Genossen noch recht lange und gab so dem Bundesstage einen würdigen Abschluß.

Soziales.

Ein siebenjähriger Krieg um die Sonntagruhe.

In Halle (Saale) ist in diesen Tagen ein erbitterter und langer Kampf um die Erweiterung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe mit einem geringen Erfolge zu Ende geführt worden.

Seit dem Jahre 1906 drängen die Handlungsgehilfen unter Führung des Zentralverbandes ständig auf eine Verbesserung der Sonntagruhe. Ihre Forderung wurde 1908 mit dem Hinweis abgelehnt, daß eine ordnungsgemäße Regelung überflüssig sei, da ja die reichsgesetzliche Regelung nahe bevorstehe. Als dann im Jahre 1908 der Zentralverband in den Monaten Mai, September und November in mehreren öffentlichen Versammlungen und durch Flugblätter, die mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation verbreitet wurden, die Sonntagruhe erneut propagierte und eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung richtete, wurde auch diese von den liberalen Stadträtern mit dem Hinweis auf die nahe bevorstehende reichsgesetzliche Regelung zurückgewiesen. Der Beschluß richtete sich auch auf ein Gutachten der unter liberaler Leitung stehenden Handelskammer. Die Kammer hatte eine Anfrage bei den Geschäftsleuten veranlaßt, bei der sich herausstellte, daß 60 Proz. der Geschäftsleute eine Erweiterung der Sonntagruhe wünschten. Trotzdem erklärte die Handelskammer, sie könne eine ordnungsgemäße Regelung der Sonntagruhe weder für Kontore, noch für Verkaufsstellen befürworten. Die jamaische Begründung enthielt unter anderem folgende treffende Bemerkung: „Die Arbeiter würden bei aufgehobener oder gestützter Arbeitszeit dazu gedrängt werden, an den Sonnentagen einen früheren Schluß der Arbeitszeit zu fordern, um ihre Einkünfte besorgen zu können. Das jedoch noch zu gewahren, sei für unsere Industrie weder wünschenswert noch im Wettbewerb überlegen genug“.

Jahr für Jahr wiederholten die Handlungsgehilfen ihre Petitionen und Jahr für Jahr erfolgte stets die Ablehnung mit der Bemerkung: die reichsgesetzliche Regelung stünde nahe bevor. Auch nationale Vereine wurden mit einer gleichen Antwort abgewiesen. Endlich im Herbst 1911 wurde eine gemeinsame Eingabe des Transportarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, des Gewerkschaftsbundes und eine Eingabe des Halleischen Bürgervereins auf Erweiterung der Sonntagruhe dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Gutachten der Kaufmannsgerichtsbekanntmachung, die sich mit großer Mehrheit für völlige Sonntagruhe aussprachen, zwang jetzt auch den Magistrat wenigstens einen Schritt vorwärts zu tun. Nach einem Jahr, also nach fünfjährigem Drängen, hatte er endlich eine Vorlage fertig, die im allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 5 auf 3 Stunden vorsah. Gegen diese Vorlage liefen nun wieder die schmerzhaften Handelskammer und 20 „erste Firmen“ Sturm. Der Führer der Fortschrittler in Halle, der sogenannte Telegramm-Herzfeld, brachte es fertig, daß unter seiner Leitung die liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in einer förmlichen Sitzung die Vertagung der Angelegenheit bis zur „nahe bevorstehenden“ reichsgesetzlichen Regelung beschloß. Da die erste Abtötung nicht sofort dies Resultat ergab, wurde sie angefochten. Durch plötzliches Erscheinen einiger Rechtsanwältinnen, darunter der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Reil, wurde dann bei der zweiten Abstimmung eine Mehrheit für den reaktionären Beschluß zustande gebracht.

Die nach diesen aufreizenden Vorlesungen einsetzende heftige Erregung in der Geschäftswelt nutzte der Zentralverband der Handlungsgehilfen, unterstützt von der Partei und dem Gewerkschaftsbund, geschickt dazu aus, um noch und noch mit etwa 500 Halleischen Firmen eine Vereinbarung über die freiwillige Verkürzung der Sonntagarbeitszeit auf zwei Stunden durchzuführen. Die Agitation für diese jetzt noch bestehende Abmachung und die von den Gewerkschaften durchgeführte Kontrolle brachten den „ersten Firmen“ und ihren liberalen Vorführern die Ueberzeugung bei, daß es keinen Ausweg mehr gab. Nun beantragte nach einer erneuten Petition des Zentralverbandes im Januar d. J. Telegramm-Herzfeld und der liberale Reichstagskandidat für Halle, Pfautsch, die erneute Vorlage eines Ortstatuts. Bis zum April dauerte es dann noch, bis der Magistrat seine fertig daliegende Vorlage wieder einbrachte. Ein Beschluß, die Sache wieder bis zur „reichsgesetzlichen Regelung“ zu vertagen, gelang diesmal nicht. Das Statut, das eine zweiwöchentliche Beschäftigungszeit an den Sonntagen vorsieht, fand jetzt endlich nach 7 Jahren jährender Kämpfe eine Mehrheit. Es enthält gegenüber der vom Zentralverband der Handlungsgehilfen mit Hilfe der Organisationen durchgeführten „freiwilligen“ Abmachung mit den 500 Geschäftsleuten keine wesentliche Verbesserung. Was in der Tat durch die gewerkschaftliche Macht bereits durchgeführt war, wurde imt nur kleinen Änderungen in Gesetzesform geißelt. Aber der siebenjährige

Krieg der Fortschrittler gegen den Fortschritt war damit keineswegs zu Ende. Einige von ihnen wurden bei dem Bezirksauschuß in Merseburg vorstellt, damit dieser die Genehmigung verleihe.

In der Stadterordnetenversammlung dieser Woche ließ nochmals der Telegramm-Herzfeld Sturm für Verschlechterung des Ortstatuts. Ihm sekundierte Sanitätsrat Dr. Bergau, Generalsekretär des deutschen Ärztevereins. Er meinte, für die Handelsangehellen sei der Sonntagnachmittag zur Erholung ausreichend.

Die rückschrittlichen Fortschrittler fanden diesmal keine Mehrheit. Sie wollen darum nochmals versuchen, auf den Bezirksauschuß in Merseburg einzuwirken. Man darf hoffen, daß die junckerlich-agrarische Merseburger Regierung sich von den sonderbaren Forderungen der Fortschrittler nicht zu einer sozialen Vergewaltigung an der Gesundheit der Handelsangehellen nötigen läßt. Freilich ist, daß die mit großer Energie durchgeführte „freiwillige“ Regelung der Sonntagruhe dem Zentralverband in den Kreisen der Handlungsgehilfen einen wesentlichen Mitgliederzuwachs gebracht hat. Auch für die politische Aufklärung der Handlungsgehilfen konnte der siebenjährige Krieg in großen und gut besuchten Versammlungen der Angestellten gebührend ausgenutzt werden.

Unfall auf dem Heimwege von der Arbeit.

Gewerbliche Arbeiter erhalten in der Regel keine Unfallrente, wenn sie auf dem Wege von und zu der Arbeitsstelle einen Unfall erleiden. Anders kann dies bei der Landwirtschaft sein, wie uns nachstehender Fall beweist:

Die Frau eines Fabrikarbeiters zu Bad Orb kam abends vom Felde heim und trug eine Gade auf der Schulter. Mit der freien Hand half sie einen Kinderwagen brücken, in welchem sich Futter für ihre Ziegen befand. Auf dem grünen Alee hatte ihr Kind Platz genommen. Da kam ein scheinbar gemordene Kuh des Weges gelaufen und fiel die Frau beim Ausweichen in einen tiefen Graben. Die Ärzte stellten eine schwere Gehirnerschütterung fest und verlangte dann später die Verletzte Rente von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Da kam sie aber schon an. Es wurde ihr zum Bescheid, daß ja gar kein landwirtschaftlicher Betriebsunfall vorliege, denn sie sei auf dem Heimwege vom Felde gefallen und habe sich daher „nicht mehr im Sinne des versicherten Betriebes befunden“. Hiergegen erhob die Verletzte Berufung und führte aus, daß doch ein Betriebsunfall vorliege, da sie eine Gade auf der Schulter getragen habe, also ein landwirtschaftliches Gerät und einen Wagen mit Viehfutter transportieren helfe. Es wurden Augenzeugen vernommen, welche unter Eid ausfingen, daß die verletzte Frau sich wohl auf dem Heimwege vom Felde befunden habe, sie habe aber eine schwere Gade getragen, welche zum Kartoffelboden benutzt wurde und einen von ihrer Schwester gezogenen Wagen schieben helfe, der mit Gras zum Futtern der Ziegen beladen gewesen sei und auf dem ihr Kind gesessen habe. Die Zeugen schilderten auch den Vorfall genau so, wie die Verletzte zu Protokoll gegeben hatte. Der behandelnde Arzt sagte aus, daß eine Erwerbsbeschränkung von 15 Proz. vorhanden sei, da neben verschiedener Narben eine Schmerzhaftigkeit bei sehr gelindem Druck auf den linken oberen Augenhöhlenrand bestesse und das Sehvermögen herabgesetzt, zumal eine Gehirnerschütterung festgestellt worden sei. Wohl seien die Beschwerden durch eine vorausgegangene Schwangerschaft vermehrt worden, hätten aber ihre Ursache im Unfall gehabt.

Das Schiedsgericht verurteilte hierauf die Berufsgenossenschaft trotz allen Sträubens zur Zahlung einer Rente von 15 Proz. Diese beträgt aber bei den elenden Lohnverhältnissen nur 36 M. pro Jahr. Denn im Kreise Gehilfen beträgt der arbeitsfähige Tagelohn-Jahresverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter, monach ja bekanntlich die Unfallrenten der Kleinbauern und deren Angehörigen festgesetzt werden, nur 360 M. für erwachsene weibliche Personen. Verlor.

Im Urteile wird ausgeführt, daß nach der Beweisaufnahme ein Betriebsunfall vorliege und die Verletzte zur Zeit des Unfalls noch im landwirtschaftlichen Betriebe tätig war. Denn sie war beschäftigt mit dem Transport eines landwirtschaftlichen Gerätes, der zum Kartoffelboden benutzten Gade und mit dem Heimfahren von Gras, das nach der Heimkehr alsbald als Viehfutter verwendet werden sollte.

Sum Angestelltenleben.

Folgende Anzeige in der „Dorfzeitung“ Gildburghausen illustriert die soziale Lage der Privatgestellten, des „neuen Mittelstandes“, wie er so gern von bürgerlicher Seite genannt wird:

Kaufmann, 73 Jahre alt.

25 Jahre bei der Firma Richter u. Co., Rudolfsdorf, als Hauptkassierer, Bureau- und Kassabeteiligungsmitglied, auch Uebersee tätig gewesen (Einrichtung der Filiale New York), mit Primo-Bezugnissen, infolge Betriebsbeschränkung ohne Pension entlassen, sucht neue Stellung. Sprechend ist der französischen und englischen Sprache in Wort und Schrift, auch literarisch durchaus mächtig, auch mit den romanischen Sprachen und den Exportverhältnissen vertraut. Geht, Offerten an L. R. Drugulin, Rudolfsdorf i. Th., erbeten.

Also hinausgeworfen und dem Elend preisgegeben, nachdem der Angestellte 25 Jahre seine ganze Kraft in den Dienst eines Unternehmens gestellt und dort eine führende Stellung eingenommen hatte. Nicht als ob das für uns besonders verwunderlich wäre. Aber gerade für jene Angestellten, die immer glauben, daß sie infolge ihrer gehobenen Stellung die gewerkschaftliche Organisation nicht nötig hätten, mag dieses Inserat eine Mahnung sein. Hier zeigt sich die Interessengemeinschaft von Unternehmern und Angestellten einmal in schönstem Lichte. Und diese Fälle stehen keineswegs vereinzelt da, wenn man die Angestellten nicht direkt brotlos machen will, um wenigstens den guten Ruf nach außen zu wahren — die Steinbaukastenfabrik Richter u. Co. scheint aber hierauf keinen Wert zu legen —, dann greift man zu dem bekannten Mittel der Gehaltsreduktion. Mit Gehältern von 75—100 M. müssen dann ergrauten Familienväter, wohlgekleidet in sauberer Kleidung und mit sauberem Stiefchen die Standeshöhe aufrechterhalten, um zu Hause mit der Familie zu hungern.

Aber auch hier wird es nicht eher besser werden, bis die Angestellten sich zu dem ausgerafft haben, wozu sich die denkenden Arbeiter schon seit Jahrzehnten bekennen, zu einer mächtigen gewerkschaftlichen Organisation.

Diagnose der Epilepsie.

Ausländische Forscher haben die Beobachtung gemacht, daß bei Krampfanfällen der Epilepsie (der Fallst.) eine starke Vermehrung der weißen Blutkörperchen, eine, wie die wissenschaftliche Beobachtung dafür lautet, Leukozytose auftritt. Der Stuttgarter Oberarzt Dr. R. Jöbide hat diese Beobachtung nachgeprüft und hält sie für durchaus zutreffend. In der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ ist über diese Entdeckung berichtet. Ein Teil der bürgerlichen Presse zieht aus ihr eine etwas vorläufige praktische Anwendung hinsichtlich der Rentnersicherung durch Simulation. Die Entdeckung, meint sie, beansprucht ein weit über die Fachkreise hinausgehendes Interesse, da sie nicht nur die Diagnose erleichtere, sondern auch für Unfallgutachten und gerichtlich-medizinische Fälle von Bedeutung sei. Zur Erlangung einer kleinen Unfallrente, zur Befreiung vom Militärdienst und zur Erreichung milderer Umstände (§ 51 St.G.B.) werden epileptische Krämpfe oft mit Virtuosität simuliert, eine Leukozytose läßt sich jedoch nicht simulieren. Mit Hilfe der Blutuntersuchung dürfte die Entlarvung von Simulanten viel leichter sein als früher.

Fünfter Bundestag des Arbeiter-Radsfahrbundes „Freiheit“.

Au den beiden Pfingstfeiertagen tagte im Gewerkschaftshaus Mannheim der fünfte Bundestag des Arbeiter-Radsfahrbundes.

Flugwoche Johannisthal

Heute 5-8 Uhr und täglich bis 1. Juni.
Mark 3,-, 1,-, 0,50.

Wettbewerbe: Kürzester Anlauf - Kürzester Auslauf - Dauer - Zum ersten Male
gleichzeitiger Start auf ≡ 6 ≡ Anlaufbahnen!

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 1. Juni,

nachm. 3 Uhr:

(Leichte Opernvorstellung.)

Deutsches Opernhaus. 11. Abteilung

(Gruppe 45-56, 16. u. 17. Abend-

abteilung): **Idello.**

Neue Freie Volksbühne.

Sonntag, den 1. Juni,

nachm. 2 1/2 Uhr:

Deutsches Theater: **Damiel.**

Kammeroperhaus: **Erbdgeist.**

Nachm. 3 Uhr:

Neues Volks-Theater: **Gräßlein.**

Theater in der Königgräber Straße:

Dummkoppe.

Metropol-Theater: **Leichte Kanonerie.**

Flotte Bursche.

Alteins Theater: **Lottchens Geburts-**

tag. - Der Arzt seiner Ehre. -

Der Unverschämte.

Schiller-Theater (Thal): **König Lear.**

Abends 8 Uhr:

Neues Volks-Theater: **König Strauß.**

Abends 8 1/2 Uhr:

Neues Volks-Theater: **König, Witt-**

moß, Donnerstag, Sonnabend:

König Strauß. Dienstag, Freitag:

Ernt sein.

Schiller-Theater O. Theater.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Zopf und Schwert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Moral.

Montag, abends 8 Uhr:

Moral.

Schiller-Theater Charlotten-

burg.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

König Lear.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Hasemanns Töchter.

Montag, abends 8 Uhr:

Hasemanns Töchter.

Kroll-Oper.

7 1/2 Uhr:

Tannhäuser.

Montag: **Lohengrin.**

Berliner Theater.

Täglich

8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgräber Straße

8 Uhr:

Das Buch einer Frau.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: **Jun 1. Male: Der Dieb.**

Theater des Westens.

8 Uhr. Volkstümlich. Vorstellung:

Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfplatz

Abends 8 1/2 Uhr:

Der Mann mit der

grünen Maske.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Krone und Fessel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gartendüne:

Achtung! Es geht los!

Gr. Hofe. Konz. Juni. Teil. Auf. 4 U.

Voigt-Theater.

Sadstraße 38.

Sonntag, den 1. Juni 1913:

Auf nach Amerika!

Sent. (Sel. Beste i. 5. Akt. u. Juppert.

Neues Spezialitäten-Personal.

Kaffeeöffnung 10 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.

Sommerrevue. Gastsp. Jul. Spielmann.

8 Uhr: **Der lachende Schwan.**

Metropol-Theater.

Nachm. 3 Uhr:

Leichte Kavallerie und Flotte Bursche

Abends 8 Uhr:

Die Kind-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Monfouff.

Wufft von **Jean Gilbert.**

Da Eugene gelebt v. Dir. Rich. Schö.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Heute am 1. Sonntag
im Monat
Eintritt **25 Pf.**
die Person:
Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert
(3 Kapellen).
Täglich: Militär-Doppel-Konzert.

Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern Liliput
die kleinst. Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
Aga, die schwabende
Aga, Jungfrau!
Alles lobend!
Alles ohne Extra-Entree!

„Cines“
Nollendorf-Theater
Nollendorf-Platz 4
Einziges Theater Deutschlands
mit verschiebbarem Dach
Ein
Staatsgeheimnis
Dramat. Skizze a. d. Börsenleben
Bilder vom Balkan:
Land u. Leute
a) Griechenland, b) Türkei.
Von Indianern überfallen.
Drama in 3 Akten.
Ferner vier humorist. Novitäten.
Vorstellung 5, 7, 9 Uhr.
Sämtliche Plätze sind nummeriert.

„Cines“
PALAST (früher Theater
Gross-Berlin)
Das größte, schönste und be-
quemste Lichtbildtheater d. Welt.
Zum 225. Male:
Quo vadis?
Das gewaltigste Film-Drama
aller Zeiten!
Heute Sonntag
Jugend-Vorstellung 3 Uhr
zu halben Preisen.
Matinee 5 Uhr, ab. 7 u. 9 U.
Von **50 Pf.** bis **3.25 Pf.** inkl.
Steuer
Plätze von 1 M. an sind nummeriert

Stadt-Theater
Alt-Moabit 47/48.
Neues Programm.
Theater und Spezialitäten.
● Arbeit schändet nicht! ●
Konzert-Anfang 4 Uhr, Vorst. 5 Uhr.
Kleine Preise!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Stucke's
Pfingstfahrt“
Berliner
Barleske
von Meysel.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle und Garten
Sel. Otto Ernst, SW. Kreuzberg 48
Jeden Sonntag:
Große Spezialitäten- und
Theater-Vorst. Entr. 15 Pf.
Jeden Mittwoch:
Reisens - Sänger.
Jeden Freitag:
Paul Manthey's lust. Sänger.
Kaffee- u. Borangef. gültig.
Stets neues Programm!
Einige Sonnabende und
Totenfonntag an Vereine zu vergeben.

Zentralkommission für Sport und Körperpflege.
Sonntag, den 8. Juni 1913, in dem
Etablissement Schloß „Weißensee“
(Inhaber Niemann)
Allgemeines
Arbeiter-Sportfest.
Konzert :: Gesang :: Festreden :: Sportliche
Aufführungen der Turner, Schwimmer, Athleten,
Radfahrer :: Kinderspiele, Volksbelustigungen.
Mitwirkende: Arbeiter-Turnerbund, Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“,
Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Arbeiter-Athletenbund,
Arbeiter-Schwimmerbund und der Arbeiter-Samariterbund.
Einlaß 2 Uhr, Konzertbeginn 3 Uhr.
Eintritt 20 Pfennig.
In beiden Sälen Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist von 2-6 Uhr geöffnet (1 Liter 70, 1/2 Liter 40 Pf.).
Ausführliches Programm an der Kasse. 286/7*
Fahrverbindung: Linie 10, 59, 60, 61, 62, 63, 72, 73, 162 und Z, sowie
Stadt- und Ringbahn: Station Weißensee.
Um zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft bittet **Das Komitee.**

Am Königs-Tor. **Schweizer-Garten.** Am Friedrichshain.
Vom 1. Juni ab täglich:
Theater * Spezialitäten * Lichtspiele
und **Ball.**
Zum **Die Seekadetten.** Ausstattungstück in zwei
Schluß- u. Anfang Sonntags 4 Uhr. Bildern: Wochentags 5 1/2 Uhr.

Excelsior-Lichtspielhaus ::
Neukölln Bergstraße 151-152 Passage
Richardstraße 12-13
Vom 30. Mai bis 2. Juni:
Der Maske beraubt
Spannendes Sensationsdrama in 2 Akten.
Die Waffe?
Dramatisch.
Auf Verlangen prolongiert:
Sarah Bernhard, die 70-jährige in
Die letzte Liebe einer Königin.

Moabiter Schützenhaus.
Großes Konzert. * Brillant-Feuwerk.
Schloß Weißensee
Inh. E. Niemann.
Heute Sonntag:
Gr. Elite-Konzert
des **Radetzki-Orchesters.** Dir. Wilh. V. Loeb aus Wien.
Außerdem bei günstiger Witterung von 3 Uhr ab auf den
Terrassen am See: **Gr. Kaffee-Konzert,** ausgeführt
von einer bestrenommierten Wiener Damen-Kapelle.
Ferner: **Großes Land- u. Wasserfeuerwerk**
* **Die Beschießung von Adrianopel** *
Entree 20 Pf. Im Bal-champêtre: **Großer Elite-Ball.**

Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.
Admiralspalast.
Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Heute 2 Vorstellungen
nachm. und abends
Das sensationelle Eis-Ballett
Flirt in St. Moritz.
Beg. d. Nachm.-Vorst. (z. halb.
Preis.) um 4 1/2 U., Schluß 7 U.
Beginn der Abend-Vorst. um
8 Uhr. Einlaß ab 7 1/2 Uhr.
Ab 10 1/2 Uhr halbe Preise.
- Erstklassige Küche. -
Wein- u. Bier-Abteil.

Charlottenburger Festsäle
Charlottenburg
Kaiser-Friedrich-Str. 24.
Heute: **Großer Ball**
in beiden Sälen.
Großer Saal am 2. August
frei für Vereine.

Alhambra
Wallner-Theater-Str. 15.
Jeden **Großer Ball.**
Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntag 8
5 Uhr. **A. Zameitat.**
Volksgarten-Theater.
Badstr. 8. Bellermannstr. 20/25-2
Täglich: **Konzert, Theater- u. Spe-**
zialitäten-Vorstellung.
Heute neues Programm zur Aufführung
gelangt auf vielgeliebtem Bühne: **Der**
Lobner vom Linddamerhof. Handl.
Charaktergem. in 4 Akt. v. Karl Bergl.

Kempfs Keglerheim,
Am Treptower Park 10.
Jeden Mittwoch: **Konzert u. Tanz.**
Jeden Sonntag: **Spezialitäten u.**
Tanz. Neuenloberter Saal für Ber-
eine und Gewerkschaften. Größtliche
Regeleisen bestens empfohlen.

Elysium, Landsberger
Allee 40/41.
Täglich **Konzert**
Spezialitäten
mit **Franz Sobanski.**
Großer Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Sonntag, den 1. Juni:
Gr. Doppelkonzert u. Vorstellung
Vollständig neues Programm.
Unter anderem:
Viktor Ritter
die große und kleine Kanone.
Im Riesen-Festsaal: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Rich. Arnholds Schwarzer Adler
Frankfurter
Chaussee No. 5. Lichtenberg Am Ringbahnhof
Frankfurter Allee.
Täglich
Gr. Elite-Künstler-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung
von nur auserlesenen Kunstkräften.

Berliner
Kindl-Brauerei-Ausschank
Hermannstr. 214/18 Neukölln Fernspr.: Neukölln 79.
Oekonom: Robert Bergner.
Täglich
Großes Garten-Konzert.
Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntag nachmittags 4 Uhr.
Entree: Wochentags 15 Pf., Sonntags 20 Pf.
Saisonkarte pro Person 1 M.

6 Ausnahmetage

für Reise-Bekleidung

zu enorm herabgesetzten Preisen

| | | | | | | |
|---------------------------------|---|------------------------|---|------------------------|--|------------------------|
| 3 Serien Kostüme | aus blauen Kammgarn-Stoffen, bisheriger Preis M. 24-33, jetzt M. | 17⁵⁰ | aus la blau Kammgarn-Stoffen, bisheriger Preis M. 39-49 jetzt | 32⁰⁰ | aus blau Kammgarn auf reines Futter, eleg. Ausführung bisheriger Preis M. 54-75.50 jetzt | 44⁵⁰ |
| 3 Serien Kostüme | aus Stoffen englischer Art, bisheriger Preis M. 15.75 - 24.50, jetzt M. | 9⁷⁵ | aus la Stoffen engl. Art, bisheriger Preis M. 25-42, jetzt | 19⁷⁵ | z. Teil aus original engl. u. la Geraer Stoffen auf reinseidenem Futter, bisheriger Preis M. 64-82 jetzt | 49⁵⁰ |
| 3 Serien Kostüm Röcke | aus mode u. weiß. Waschstoffen mit reicher Stickerei, herabgesetzt auf M. | 4²⁵ | aus schwarz-weiß und blau-weiß karierten Stoffen, herabgesetzt auf M. | 6²⁵ | z. schwarz-weiß u. blau-weiß gestreuten reinwollenen Stoffen, herabgesetzt auf M. | 9²⁵ |
| 3 Serien Staubmäntel | aus Popeline-Stoffen, neueste Fassons, herabgesetzt auf M. | 8⁵⁰ | aus Popeline-Stoff mit seid. Besätzen herabgesetzt auf M. | 13⁵⁰ | aus Popeline und Gummitine-Stoff. elegant und praktisch, herabgesetzt auf M. | 21⁵⁰ |
| 3 Serien Seid. Mäntel | aus Gloria-Seide, la Ausführung, herabgesetzt auf M. | 21⁵⁰ | aus schwerer, reiner Seide, eleg. lange Formen herabgesetzt auf M. | 42⁵⁰ | aus glatten und ramagierten Seidenstoffen, darunter Modelle, herabgesetzt auf M. | 69⁰⁰ |
| 3 Serien Reisemäntel | aus Stoffen englischer Art, bisheriger Preis M. 22-32, jetzt M. | 14⁷⁵ | aus imprägniertem Loden, Sport-Fassons, herabgesetzt auf M. | 14⁵⁰ | aus Stoffen engl. Art, z. Teil auf reiner Seide, fesche Fassons herabgesetzt auf M. | 32⁰⁰ |
| 3 Serien Kleider | aus reinwoll. Musselin in verschied. flotten Fassons, bisheriger Preis M. 16.50 - 22.50, jetzt M. | 14⁵⁰ | aus weiß. Voile od. Batist m. Stickerei, z. T. m. bulgarisch. Besätzen, bisheriger Preis M. 29.50 bis 49.50, jetzt M. | 25⁵⁰ | aus reiner Seide, in modernen Fassons und neuesten Farben, bisheriger Preis M. 42-60, jetzt M. | 35⁵⁰ |
| 3 Serien Blusen | aus Wasch-Voile u. Batist, moderne Fassons, herabgesetzt auf M. | 3⁷⁵ | Ein Sortiment eleganter handgest. Voile-Bluse herabgesetzt auf M. | 9⁵⁰ | Ein Sortiment Seid. Blusen, bisheriger Preis M. 14-28 jetzt M. | 8⁵⁰ |
| 3 Serien Morgenröcke | Ein großes Sortiment in eleganter Ausführung: | | | | | |
| | herabgesetzt auf M. | 8⁷⁵ | herabgesetzt auf M. | 12⁷⁵ | herabgesetzt auf M. | 16⁷⁵ |

R.M. **Maassen** G.m. b.H.

Oranienstrasse 165 Ecke Oranienplatz Berlin Leipzigerstrasse 42 Ecke Markgrafenstr.

Phänomen

Qualitäts
Cigarette



KON-LINON

Falkenhagen West



Preis M. 10 000
monatlicher Mietaufwand M. 35.-

Jagdgelegenheit in der Nähe **Jagdmitbenutzung**

Kleine Anzahlung - Langjahr. Amortisat., Hypothek **Nieschalke & Nitsche,** BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 10 (Amt Königstadt 6376). Illustr. Prospekt gratis.

Neuerwerbene Waldgölde.

□-Rate von 15 Mark an

ab Lehrter Bahnhof in 30 Min.

Direkt am Bahnhof Seegefeld

ab Charlottenburg (Bahnhof

Jungfernhölde) in 20 Minuten.

Fertige Sommerhäuschen

von M. 300, 500, 700 auf-

wärts. Eigenheime bereits

zu 6.500 an. Auskunft auf

dem Terrain: Hansastrasse.

Billigste und schönste Kolonie

westlich Berlins Hochwald-,

Villen- u. Landhausstellen.



Preis M. 6 500
monatl. Zins resp. Mietaufwand M. 25.-

Von der Feuerbestattung.

Die Zahl der im Krematorium in der Gerichtstraße eingehenden Leichen ist bereits eine recht erhebliche. Leider haben auch Leichen abgewiesen werden müssen, weil die Angehörigen nicht allen gesetzlichen Bestimmungen genügen konnten...

Einrichtungen finden im Krematorium von Berlin gemäß den gesetzlichen Bestimmungen statt. Der Antrag auf Einäscherung einer Leiche ist an das Friedhofsbureau Berlin C. 2, Rathaus Zimmer 104, oder an das Krematorium, Gerichtstraße 37/38, zu richten...

Der Antrag muß enthalten: das vollständige Nationale des Verstorbenen, Angabe der Zeit, zu welcher die Leiche im Krematorium eintrifft (bei von auswärts kommenden Leichen: ob, zu welcher Stunde und von welchem Bahnhof die Leiche abgeholt werden soll)...

Mit der Anmeldung sind die durch das Gesetz vorgeschriebenen Papiere (siehe unter Nr. II) einzubringen, sowie die zu zahlenden Gebühren an die Kasse des Friedhofsbureaus abzuführen. Bei Anmeldungen von außerhalb ist ein Kostenvorschuss von mindestens 80 M. an die genannte Kasse oder an das Krematorium abzugeben...

I. Verkehr mit der Polizei. Bei der Anmeldung ist die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde (in Berlin des betreffenden Polizeireviere der letzten Wohnung, für von außerhalb kommende Leichen des Reichs 91, Gerichtstraße 23, zur Einäscherung nachzulegen...

Zur Erlangung dieser Erlaubnis sind der Polizei beizubringen: A. die amtliche Sterbeurkunde; B. die amtlich beglaubigte Bescheinigung über die Todesursache. Amtsärzte sind für die in Berlin Verstorbenen die vier Gerichtsärzte von Berlin, deren Adressen und Zuständigkeitsbezirke in jedem Polizeirevier zu erfahren sind...

Zur vorchriftsmäßigen Einäscherung müssen die Leichen in einen dichtschließenden Sarg eingepackt sein, der den folgenden, durch die Ausführungsanweisung zum Feuerbestattungsgesetz angeordneten Vorschriften entspricht. Die Särge müssen aus dünnem weichen Holz oder aus Juteblech gefertigt und dürfen weder ausgepicht noch angestrichen oder lackiert sein, auch keine Eisen- oder Bronze-teile, weder zur Verankerung noch zur Verzierung enthalten...

Die Leichen in den Särgen dürfen nur auf Säge- oder Hobelspanen oder auf Holzgalle bedeckt und nur mit naturfarbenen Leinen- oder Baumwollstoffen bedeckt sein. Etwa in den Sarg hineingelagerte Ratten dürfen weder Polster noch Federn oder Wolle enthalten und sind mit den gleichen Stoffen zu bedecken, mit denen die Leiche bedeckt werden darf...

Dieser Rodentis kann erbracht werden: 1. durch eine rechtsgültige lechtwillige Verfügung des Verstorbenen oder 2. durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Sargwesens berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben beurkundet ist...

Die Einäscherung von Personen unter 16 Jahren muß von dem Inhaber der erteilten Gewalt angeordnet sein; E. die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes oder des letzten Wohnortes des Verstorbenen, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen...

II. Verkehr mit dem Krematorium. Mit dem oben beschriebenen Antrage auf Einäscherung sind dem Friedhofsbureau bzw. dem Krematorium einzubringen: a) die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zur Einäscherung; b) die polizeilich abgestempelte Bescheinigung des Leichenschauers über die vorchriftsmäßige Einäscherung; c) die Sterbeurkunde...

Särge, die den Vorschriften nicht entsprechen oder die nicht mit der vorgeschriebenen amtlichen Plombe versehen sind, sind von der Einäscherung ausgeschlossen. Im Krematorium findet eine Umhüllung aus einem unvorschriftsmäßigen in einen vorchriftsmäßigen Sarg statt...

Die Leichen dürfen nur in den zur Verbrennung bestimmten Särgen, nicht mit Leberfärgen, eingeliefert werden. III. Einäscherung, Trauerfeier. Die Einäscherungen finden im allgemeinen in der Reihenfolge der Anmeldungen statt, doch sollen besondere Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden...

In der Regel schließt sich die Einäscherung unmittelbar an die Trauerfeier an. Bei großem Andrang jedoch bleibt eine Verschiebung der Einäscherung vorbehalten, wovon in dessen die Hinterbliebenen in Kenntnis gesetzt werden. Am Sonntage finden Einäscherungen nicht statt, Trauerfeiern nur bis zum Mittag...

Die Trauerfeier in der Kapelle des Krematoriums findet pünktlich zur angeführten Zeit statt; sie soll nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Für Orgelspiel, auf Wunsch auch für Gesang und Aufschmückung der Halle sorgt das Krematorium, für event. geistliches Geleit haben die Angehörigen des Verstorbenen Sorge zu tragen...

IV. Aufschmückung der Asche. Die Asche darf an die Hinterbliebenen nur ausgehändigt werden, wenn sie den glaubhaften Nachweis erbringen, daß die Beisetzung an einem beständig genehmigten Bestattungsort erfolgen soll. Vor der Aufschmückung müssen die Gebühren bezahlt sein. Gegebenenfalls erfolgt die Ver sendung an die Verwaltung der betreffenden Bestattungsanlage direkt. Bei Verendung der Asche mit der Post sind die dadurch entstehenden Unkosten für Verpackung und Porto in die Rechnung aufzunehmen...

V. Gebühren. Einäscherung einschl. Orgelspiel und Aschen-lapfel 50 M., Abholung der Leiche vom Bahnhof 20 M., besondere Aufschmückung der Kapelle von 20 M. an, große Beleuchtung 20 M., Streublumen 8 M., Gesang 20-40 M., Aufschmückung für die Leberfärgen 3 M., Verpackung und Verendung der Asche 2 M., Beisetzung der Asche in der Urnenhalle, im Urnenhain 30 bis 1000 M., Portis werden als Auslagen in Anrechnung gebracht...

Um dem Publikum die Beschaffung der im Gesetz verlangten Erklärungen ohne Kosten zu ermöglichen, hat der Magistrat die Bezirksvorsteher verpflichtet, solche mündlichen Erklärungen entgegenzunehmen und eine Bescheinigung darüber auszustellen. Der Magistrat hat deshalb im Gemeindeblatt bekannt gegeben: „Der Bezirksvorsteher ist verpflichtet, Personen, welche vor ihm die mündliche Erklärung abgeben, daß ihre Leiche eingäscheret werden soll, folgende Urkunde auszustellen: „Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr (Frau) X. in meiner Gegenwart mündlich die Feuerbestattung seiner (ihrer) Leiche angeordnet hat.“

Unterschrift des Bezirksvorstehers und Siegel. Eine Unterschrift der die Erklärung abgebenden Person selbst ist nicht erforderlich, ebensowenig eine Beglaubigung derselben. Legt jemand eine lechtwillige Verfügung, d. h. eine von ihm als Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung vor, in welcher er die Feuerbestattung seiner Leiche anordnet, so ist eine Beglaubigung der Unterschrift gleichfalls nicht zu erheben. Die Bescheinigung über die mündliche Erklärung ist nur abzugeben, falls der Erklärende des 16. Lebensjahr vollendet hat. In Treptow, Baumfahnenweg, ist das Krematorium fertiggestellt. Es befindet sich auf dem neuen Gemeindefriedhof in der Kiehlholzstraße. Hier erfolgt die Entgegennahme von Erklärungen im Rathaus zu Treptow, Neue Strug-Allee 1-3, wochentags in der Zeit von 9 bis 2 Uhr, auf Zimmer 34. Außerdem ist für die nächste Zeit eine Sprechstunde am Sonntag vormittag eingerichtet, die jeweils von 9 bis 10 Uhr stattfindet. Es ist dadurch ermöglicht, die Abgabe der erforderlichen Erklärungen ohne Verdienstentgang vorzunehmen. Formulare werden auf dem Rathaus bereit gehalten. Kosten entstehen nicht. Zum Ausweis der Persönlichkeit sind mitzubringen: Heirats- oder Geburtsurkunde, oder Familienstammbuch, Staatsangehörigkeitsausweis oder Militärapass. Bei Eheleuten muß natürlich für beide Personen eine Legitimation beigebracht werden.

Verfammlungen.

Eine Parteimitglieder- und Wählerversammlung für den 5. Landtagswahlbezirk.

Die sehr stark besucht war, tagte am Freitag, den 30. Mai, in „Grunmanns Festsaal“, Raumnstraße, als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: Bericht des Wahlkomitees.

Genosse Wert berichtete über die Entwicklung der Kandidatenfrage im 5. Landtagswahlbezirk seit der Verbandsgeneralversammlung beziehungsweise seit der Kreisversammlung des 4. Berliner Reichstagswahlkreises vom 22. Mai. Das wesentlichste dieses Berichts ist folgendes: In der Kreisversammlung am 22. Mai sei gegen eine vorläufige Minderheit ein Beschluß der in der Konferenz erschienenen Landeskommission, den Genossen Borchardt zur Niederlegung seiner Kandidatur aufzufordern, verworfen worden. Statt dessen sei aus der Versammlung ein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gekommen und Adolf Hoffmann habe unter Würdigung der ganzen Situation im Parteinteresse und zugleich im Interesse Borchardts einen Vorschlag gemacht, der einstimmig angenommen worden sei. Danach solle Genosse Borchardt solange von seiner Kandidatur im 5. Landtagswahlbezirk entbunden werden, bis ein Schiedsgericht entschieden habe. Zugleich solle ein anderer Genosse zur Landtagswahl gestellt werden, der sich aber verpflichtet solle, das Mandat niederzulegen, wenn das Schiedsgericht zugunsten Borchardts entscheide. In dem Falle solle dann Borchardt zur Wahl gebracht werden. — Nach diesem Beschluß der Kreisversammlung habe sich das Wahlkomitee dahin schlüssig gemacht, einen derartigen Ersatzkandidaten durch die Versammlung der Funktionäre des vorgedachten 5. Landtagswahlkreises der heutigen entscheidenden Versammlung vorschlagen zu lassen. Das Komitee habe natürlich die vorbereitenden Schritte tun müssen und habe den Funktionären zwei Kandidaten präsentieren können. Genosse Paul Hoffmann, der Vorsitzende des 4. Reichstagswahlkreises, habe die meisten Stimmen erhalten. Jetzt habe die heutige Versammlung der Parteimitglieder des 5. Landtagswahlkreises als entscheidende Instanz darüber zu befinden, ob im Sinne jenes, von den Funktionären akzeptierten Beschlusses der Kreisversammlung verfahren werden solle. Nun habe die Kritik im „Vorwärts“, nach der es erschien, als hätten die Funktionäre die Auffassung Paul Hoffmanns endgültig beschlossen, in Parteikreisen eine gewisse Erregung hervorgerufen. Dieser Kritik gegenüber sei als selbstverständlich zu betonen, daß natürlich die Funktionäre keine bindenden Beschlüsse fassen könnten und dies auch gar nicht wollten. Das Wahlkomitee lege der Öffentlichkeit gegenüber Wert darauf, festzustellen, daß von ihm die Kritik im „Vorwärts“ nicht veranlaßt worden sei. Er gebe die Erklärung namens der vier Komiteemitglieder aus dem 4. Reichstagswahlkreis ab. (Genosse Jatz gab später eine gleiche Erklärung für die beiden Komiteemitglieder aus dem 3. Reichstagswahlkreis ab.) Redner betonte nochmal, daß die Entscheidung bei der angeblichen Versammlung liege. Genosse Borchardt, der in Wiesbaden jetzt Bildungskurse abhalte, sei informiert worden und habe geschrieben, daß er einverstanden sei, daß verfahren werde, wie die Kreisversammlung beschlossen habe. Das Wahlkomitee war sich einig gewesen, in der Versammlung die materielle Behandlung des „Falles Borchardt“ auszusprechen und die Angelegenheit der Kandidatur nach der gegebenen Situation lediglich vom parteistatistischen Standpunkt aus zu erörtern. Genosse Schärman als erster Diskussionsredner ging weiter. Er sagte unter anderem, daß zwar Borchardt auf die Ausführungen des Genossen Friß hin in der vorletzten Verbandsgeneralversammlung durch Aufstellung der fraglichen Verpackung nicht ganz so gehandelt hätte, daß dies aber zurückzuführen sei auf eine sehr begreifliche hochgradige Erregung Borchardts darüber, daß man ihm plötzlich launig begründete Dinge entgegengehalten habe. Bis es ihm widerlegt werde, habe Redner den Parteivorstand an, daß er das Material dem Genossen Friß ausliefern und diesen vorgelesen habe, und daß so der Parteivorstand an der ganzen Zuspitzung der Situation die Schuld trage. Er verlange, daß dies ins Protokoll komme. Die Situation selber erfordere aber, zu verfahren, wie vorge schlagen. Es sprachen dann die Genossen Willi Müller, Adolf Hoffmann, Hintorf, Broß, Zubeil, Jakob, G. Schulz, Weiz. Sie hielten sich fast ganz an die Frage, welche Schritte die durch die beiden Beschlüsse der letzten Verbandsgeneralversammlung geschaffene Situation im Interesse der Partei in bezug auf die Kandidatur im 5. Landtagswahlkreis erfordere. Verschiedene der Redner ließen zwar durchblicken, daß nach ihrer Meinung dem Genossen Borchardt Unrecht geschehen sei, oder doch, daß sie erst vom Schiedsgericht eine endgültige Parteilösung erwarteten; alle aber gingen davon aus, daß das Parteinteresse, das höher liege als die Person, das Bestreben des vorgeschlagenen Weges erfordere. Vor allem gelang es dem Genossen Adolf Hoffmann, die von Anfang an recht erregte Versammlung von der Richtigkeit dieses Weges aus Rücksicht auf die Partei zu überzeugen. Redner betonte, daß, wenn der Schiedspruch günstig für Borchardt ausfalle, es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Genossen des

5. Landtagswahlkreises wäre, den einstweiligen Mandatinhaber durch Borchardt zu ersetzen. Die Versammlung beschloß gegen einzelne Stimmen, vorläufig von einer Kandidatur Borchardt Abstand zu nehmen und einen Genossen für die diesmalige Wahl aufzustellen, der sich verpflichte, das Mandat niederzulegen, wenn durch einen günstigen Schiedspruch eine Kandidatur Borchardt in Frage käme. Der Wille der Versammlung ging also dahin, daß in solchem Falle alsbald die Mandatniederlegung und die Wiederwahl des Genossen Borchardt zu erfolgen habe. — Dann wurde mit allen gegen etwa 20 Stimmen der Genosse Paul Hoffmann als Kandidat aufgestellt, nachdem er die erwähnte Bedingung der eventuellen Mandatniederlegung eingegangen war. Genosse Paul Hoffmann dankte in einer Ansprache für das Vertrauen und versprach, mit voller Kraft und Energie für die Sache des Proletariats einzutreten und sich auch sonst des Amtes würdig zu zeigen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Marie, die Tochter des Regiments. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Orpheus und Eurydike. Mittwoch: Die Fledermaus. Donnerstag: Fidelio. Freitag: Die Hugenkollen. Sonnabend: Der Rosenkavalier. Sonntag: Radama. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Volksvorstellung: Ein Fall für den Fall. Montag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Dienstag: Volksvorstellung: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Mittwoch: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Donnerstag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Freitag: Volksvorstellung: Die Journalisten. Sonnabend: Volksvorstellung: Minna von Barnheim. Sonntag: Volksvorstellung: Ariadne auf Naxos. Montag: Volksvorstellung: Die Lohengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Neues Opernhaus. Sonntag: Lamourier. Montag: Lohengrin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag: Der fliegende Holländer. Mittwoch: Der Troubadour. Donnerstag: Die Weiber von Windsor. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Carmen. Sonnabend: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Bajazzo. Cavalleria rusticana. Montag: Der Postillon von Lonjumeau. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Opernhaus. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Oberon. Dienstag: Der Nihilist. Mittwoch: Der lustige Weiber von Windsor. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Der Nihilist. Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Der Nihilist. Montag: Die Königin von Saba. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Theater. Sonntag bis Donnerstag: Der lebende Leichnam. Freitag: Hamlet. Sonnabend bis Sonntag: Der lebende Leichnam. (Anfang 8 Uhr.) Kammeroper. Sonntag bis Dienstag: Die Sinnenwelt von Bergop-Joani. Mittwoch: Kaiserliche Hochzeit. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Erdgeist. Freitag bis Sonntag: Kaiserliche Hochzeit. Montag: Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.) Kleines Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Lohengrin. (Anfang 8 Uhr.) Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. (Anfang 8 Uhr.) Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.) Berliner Theater. Abends: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.) Theater in der Königgrätzer Straße. Sonntag: Die fünf Frankfurter. Montag: Das Buch einer Frau. Dienstag: Die fünf Frankfurter. Mittwoch: Das Buch einer Frau. Donnerstag: Die fünf Frankfurter. Freitag: Das Buch einer Frau. Sonnabend: Die fünf Frankfurter. Sonntag: Das Buch einer Frau. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.) Leistungstheater. Bis auf weiteres täglich: Mit Wien. (Anfang 8 Uhr.) Montis Operetten-Theater. Abends: Der lauchende Ehemann. (Anfang 8 Uhr.) Deutsches Schauspielhaus. Abends: Der Dieb. (Anf. 8 Uhr.) Lustspielhaus. Abends: Der lustige Kavalier. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Schiller-Theater O. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Jof und Schwert. Abends: Sonntag: Koral. Dienstag: Salemanns Lächler. Mittwoch: Die Geheimnisse. Donnerstag: Koral. Freitag: Koral. Sonnabend: Salemanns Lächler. Sonntag: Koral. Montag: Salemanns Lächler. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: König Lear. Abends und Montag: Salemanns Lächler. Dienstag: Geographie und Liebe. Mittwoch und Donnerstag: Salemanns Lächler. Freitag: Freiheit. Sonnabend: Geographie und Liebe. Sonntag: Freiheit. Montag: Koral. (Anfang 8 Uhr.) Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends: Das Jarmeckmädchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neues Volks-Theater (Neue Freie Volkshöhne). Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Ernst sein. Abends (außer Dienstag und Freitag): König Lear. Dienstag und Freitag: Ernst sein. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Thalia-Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Polnische Wirtschaft. Abends: Puppen. (Anfang 8 Uhr.) Hof-Theater. Im Garten: Abends: Die Albedens. — Im Saal: Sonntag bis Freitag: Koral und Jofel. (Anfang 8 Uhr.) Theater am Hohenhofplatz. Abends: Der Mann mit der grünen Kasse. (Anfang 8 Uhr.) Urania-Theater. Sonntag: Ueber den Brenner nach Benedig. Montag: Die Nordseeinsel Egl. Dienstag: Der Bierwaidhütter See und der Gotthard. Mittwoch: Die Nordseeinsel Egl. Donnerstag und Sonnabend: Ueber den Brenner nach Benedig. Freitag und Sonntag: Der Bierwaidhütter See und der Gotthard. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.) Komödienhaus. Abends: Dönhofsplatzische Wohnungen. (Anfang 8 Uhr.) Polies Caprice. Abends: Die Bank. Sein letzter Witz. Der Gombon. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Admiralspalast. Eisballett: Ballet in St. Moritz. (Anfang 9 Uhr.) Metropol-Theater. Sonntag: Sonntagmittag 3 Uhr: Flotte Durche. Leichte Kanoniere. Abends: Die Koro-Königin. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Prater-Theater. Abends: Das Dummelmädchen. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Reichshallen-Theater. Abends: Sittlicher Sängler. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.) Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Spezialitäten. Wintergarten. Abends Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wetterprognose von Berlin am 30. Mai 1913, nach Ermittlungen des Königl. Meteorologischen Instituts. 100 Milligramm Regen, gute Seite 20,64 bis 20,70, mittel 20,58-20,62, geringe 20,50-20,54. Regen, gute Seite 00,00-16,70, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00 (ab Bahn). Fettergerde, gute Seite 16,30-16,70, mittel 15,60-16,10, geringe 15,10-15,50. Dofen, gute Seite 17,60-19,50, mittel 16,20-17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mitge), gute Seite 15,20-15,50. Mais (runder), gute Seite 00,00-00,00. Roggkorn 4,00-4,40. Weiz 6,20-7,60. Kartoffeln (Kleinbül.), 3,00-3,60. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rinde 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,20-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,30. 1 Kilogramm Karren 1,40-2,40. Kalle 1,80-3,30. Jander 1,40-3,60. Dofche 1,40-2,80. Dofche 1,00-2,40. Schote 1,60-3,50. Diele 0,80-1,60. 60 Stück Röhre 3,00-60,00.

Witterungsübericht vom 31. Mai 1913. Table with columns for Stations, Barometer, Wind, etc.

Wetterprognose für Sonntag, den 1. Juni 1913. Etwas kühler, viel windiger, aber veränderlich, bei weiß schweben (abwärtigen) Winden und fortwährender Witterung.

Öffentliche politische Versammlungen.

Wilmersdorf.

Dienstag, den 10. Juni 1913, abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilhelmstraße:

Öfftl. politische Versammlung.

Tagesordnung:

Für den Massenstreik!

Referent:

Reichstagsabgeordneter **Dr. Ludwig Frank-Mannheim.**

Freie Aussprache.

Der Einberufer:
H. Nibel, Mannheimer Str. 32.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Tel.: H. Rorichp. 4747 u. 9382 Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Bureau: Engelauer 14/15

Betriebs-Vertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute!

Am Montag, den 9. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, großer Saal:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **G. Bauer** über: „Die Volkshilfe“. 2. Diskussion. 3. Geschäftsbericht.
Mitgliedsbuch und grüne Legitimationskarte sind mitzubringen und am Eingang zur Versammlung zwecks Abstempelung vorzulegen. Ohne Karte und Buch kein Zutritt.
NB. Diese Versammlung **9. Juni** wird nicht am 2. Juni statt, wie irrlich durch Druckfehler in der Zeitung am 2. Juni „Courier“-Annonce angegeben.
Die Bezirksverwaltung. J. H. Aug. Werner.

Achtung! Kollegen Straßenbahner Achtung!

Handwerker, Arbeiter, Wagenwäscher usw.

Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Marine-Festhaus“, Brandenburger Ufer 1
Am Köpenicker Park (neben der Landeshochschule), großer Saal, eine Treppe:

Große Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Karl Giebel-Berlin** über: „Die kapitalistische Entwicklung und ihr Einfluss auf die Arbeiterschaft.“
2. Die bevorstehende Vertrauensmänner-Konferenz und unsere Stellungnahme. 3. Bericht von der Verhandlung der Kommission des technischen Personals mit der Direktion. 4. Verschiedenes.
Werte Kollegen! Wie aus der Tagesordnung ersichtlich, ist diese Versammlung von äußerster Wichtigkeit. Es wird deshalb erwartet, daß jeder dienstfreie Kollege bestimmt in dieser Versammlung erscheint. Keiner darf fehlen!
Mit kollegialem Gruß!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14 (großer Saal):

Vortrag mit Lichtbildern

über

„Die internationale Bauausstellung in Leipzig.“

Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Weill.**

Mittwoch, den 4. Juni 1913:

Vertrauensmännerversammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Dienstag bekannt gemacht.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen

Geschirr-Branchen: Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Crebriemenbranchen: Sonntag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schulz-Brachsfeld, Köpenicker Str. 17, Eingang Königsgraben.

Portefeullen- und Reiseartikelbranchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 6 Uhr, bei Graumann, Raunynstraße 27.

Militär-Branchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 6 Uhr, in den Brachsfeldern Alt-Berlin, Blumenstr. 10.

Sinolenmaler u. Teppichnäher: fällt aus.

Wagen-Branchen: Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Eisenmöbel- u. Federstuhlpolsterer: Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten
Die Branchenleitungen.

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 5. Juni 1913, abends 6 1/2 Uhr, im Köpenicker Park, Köpenicker Str. 17, 1 Tr. (langer Saal):

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die augenblickliche Situation im Gewerbe. 2. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Offenbarungen von den einzelnen Bauarten abzugeben. Alle Bauarten müssen vertreten sein und ihre Pflicht erfüllen. Siehe auch unter „Gewerkschaftliches“ in dieser Vorwärts-Rummer. 192/12
Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Cutaway u. Weste 85, 50, 33 M.
Beinkleider 15, 15, 12, 10, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Junglinge in größter Auswahl in ca. 10 Stunden
Feine Maß-Anfertigung

Baer Sohn
Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891.
Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Gutsverwaltung Birkhorst bei Nassenheide (Nordbahn) officiert
Acker- und Waldparzellen an Gutssee und künstl. Fort. Bitte Plan zu verlangen. 10935

Feuerbestattung
Mark 100,- mit allem Zubehör u. Gebühren
„Fiamme“
Mancusstraße 111.
Ausführliche Broschüre gratis.
Bempr.: Rorichp. 5682.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes und unseres Vaters, des Metallarbeiters

Wilhelm Borchert

fagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders dem Chef und den Kollegen der Firma Rudolf A. Hartmann, dem Bahlverein Grünau, dem Gesangsverein „Sangeslust“, Grünau, dem Metallarbeiterverband, der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, den Landeskolonisten der Arbeiter-Baugenossenschaft Verades, unsern tiefgefühltesten Dank.
Grünau, den 31. Mai 1913.
Witwe Borchert nebst Kindern.

Dankfagung.

Allen Beteiligten bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters unsern herzlichsten Dank; ebenfalls für die herrlichen Kranzsenden.
Witwe **Elise Euder u. Kinder.**
Charlottenburg.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
Edmund Tinus
fagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
Witwe **Anna Tinus.**
Die trauernden Hinterbliebenen.

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Feinfarbige limit. Teppiche
fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50
130x195 . . . 11,25
160x225 . . . 16,50
190x295 . . . 21,50
250x350 . . . 37,50
250x400 . . . 47,50
300x400 . . . 53,50
Passende Bett- und Palt-Teppiche Stück. M. 3,25, 4,50 u. 7,50.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonen)
Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis
Am Freitag verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Wilhelm Gierard
Deusselstraße 57, Bezirk 701.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Pantow, Gollardstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Emil Petzold
am 31. Mai im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/8 Die Bezirksverwaltung.

Zentralverb. d. Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Karl Krüger
im Alter von 54 Jahren plötzlich an Herzschlag, am 29. Mai, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Köpenicker Str. 111, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
22/7 Der Vorstand.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Unsern Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm Werner
am 27. Mai im Alter von 38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Jerusalem-Gemeinde, Bergmannstr. 45-47, aus statt.
163/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Unsern Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege
Johannes Damerau
am 28. Mai im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
163/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die inwärtige Mitteilung, daß meine innig geliebte Frau, unsere Mutter, Köcher, Schwiegermutter und Schwester
Frau Elsbeth Lenz geb. Teschendorf
plötzlich und unerwartet verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten wir, daß die Namen der Hinterbliebenen an
Gustav Lenz,
Stallstraße 15.
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nikolai-Kirchhofes, Neulöben, Hermannstraße, aus statt.
95/19

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Genossinnen der 21. Kl. für ihre Kranzsende, sowie dem Genossen Lechte für seine trostreichen Worte und den Sängern meinen herzlichsten Dank.
Adolf Karl.
Allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen der Firma Hans Rosenstock, den Genossen des vierten Bahlvereins sowie den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes für die zahlreiche Beteiligung und die Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes den besten Dank.
Witwe Klara Krone
nebst Kindern.
10636

Billige Gesellschafts-Spreewaldfahrt

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Am 8. Juni:
Besuch der schönsten und interessantesten Punkte des **Ober-Spreewaldes.**
Wanderung durch die Bürger Kolonie an der Mühlspree entlang nach Burg zum Kirchengang der Wenden. Radfahrt von Burg über Forsthaus (siehe durch den herrlichen Oranienwald, darüber an Stammhöhle, Schützenhaus und Wollschle zum Jagendörfer See und dann nach Lübbenau. (Radfahrt nach Berlin.) — Teilnehmerkarte: 6,40 M. (gültig für Radfahrt 3. Kl., Radfahrt und Mittagessen), 5,40 M. (ohne Mittagessen). 14*

Am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Juni:
Gesellschaftsfahrt nach

Dessau u. dem Wörlitzer Park
Dessau. Besichtigung der Stadt. Wanderung über Sieglitzer Berg nach Wörlitz. Besichtigung des berühmten Parks. Abendwanderung durch herrlichen alten Oranienwald längs der Elbe nach Köpenick. — Teilnehmerkarte 8.- M. (Eisenbahnfahrt, Sonderzug 3. Kl., Nachtzug mit Kaffee, Mittagessen und Besichtigungsticket), ohne Mittagessen 7.- M.

Sonntag, den 13. Juli:
Besuch des Kloster Chorin,

des Naturparkes Blagowest und der Schloß des Archäologischen Weges. Wanderung von Chorin nach Kloster Chorin. Besichtigung des Klosters. Wanderung durch den Choriner Buchenforst zum Blagowest und nach Lippe. Besichtigung der Schloßanlagen bei Niederfinow. Teilnehmerkarten 4,20 M. (Eisenbahnfahrt, Mittagessen usw.), ohne Mittagessen 3,20 M.

Ausführliche Programme und Teilnehmerkarten sind zu sehen. Bogenstr. 19, P. Gorch, Engelauer 15, und G. Zepmeyer, Neulöben, Hermannstr. 176.
Schluß der Kartenausgabe zwei Tage vor dem Start. finden der betr. Fahrt.

Verband der Schneider.

Sebastianstraße 37/38. Filiale Berlin. Tel. Amt Rorichplatz 9737.

Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!

Montag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Gabriel u. Jäger, Jochenstraße 10:
Sitzung für d. Zwischenmeister der Hosen- u. Westenbranche.
Tagesordnung:
Bericht über den Stand der Lohnbewegung in dieser Branche.
Bei Schulz, Königsgraben 2, abends pünktlich 6 Uhr:
Versammlung
familliar in der
Phantasiewarenbranche beschäft. Näherinnen, Zuschneiderinnen und Bügler.
Tagesordnung:
Ausgabe der Liste. Aussprache über die Auslegung der einzelnen Positionen. Verschiedenes. 163/20

Bei Weihnacht, Grünstr. 21, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung für die Kollegen der firma Pohl & Schmidt.
Pöhlingsches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Jungdeutschlandbunds Liebeswerben

gilt auch der weiblichen Jugend. Die Wege ebnen will auch hier ihm die Lehrerschaft, nachdem sie ihn schon in seinen Bemühungen um die männliche Jugend so eifrig unterstützt hat.

Der Jugendpflegeausschuß des Berliner Lehrervereins hatte gemeinsam mit dem Sozialen Ausschuß des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen und mit mehreren anderen Lehrerinnenvereinigungen Groß-Berlins zu Freitag eine Konferenz einberufen, in der die Frage „Jungdeutschland und unsere weibliche Jugend“ erörtert werden sollte.

Einleitend referierte der Berliner Gemeindefullehrer Oscar Grapentin, dem die in der „Pädagogischen Zeitung“ bekanntgegebene Versammlungsanzeige seinen Titel „Leutnant der Reserve“ mit komischer Gewissenhaftigkeit angehängt hatte. Herr Grapentin wirkt selber im Jungdeutschlandbund; er gehört ihm an als Vertreter des Berliner Lehrervereins, der in freundschaftlichen Beziehungen zum Bund steht.

Die Diskussion ergab zunächst volle Übereinstimmung darüber, daß auch die weibliche Jugend alle Rettung vom Jungdeutschlandbund zu erwarten habe. Eine Frau v. Hülsen, die als Vertreter des Bundes erschienen war und das Wort ergriffen, erntete freudige Zustimmung.

Die Diskussion ergab zunächst volle Übereinstimmung darüber, daß auch die weibliche Jugend alle Rettung vom Jungdeutschlandbund zu erwarten habe. Eine Frau v. Hülsen, die als Vertreter des Bundes erschienen war und das Wort ergriffen, erntete freudige Zustimmung.

Man erfuhr in der Diskussion auch, daß der Soziale Ausschuß des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen schon vor Monaten dem Jungdeutschlandbund angeboten hat, mit ihm zusammen zu arbeiten. Eine eingehende Förderung knüpfte sich an den neuesten Plan des Jungdeutschlandbundes, Ferienwanderungen mit älteren Gemeindefullehrern zu veranstalten, der im „Vorwärts“ bereits gewürdigt worden ist.

Von mehreren Rednern und Rednerinnen wurde hervorgehoben, daß die meisten Lehrer und Lehrerinnen in den Ferien nicht zu haben sind, weil sie verreisen. Eben deshalb wolle der Jungdeutschlandbund eintreten, sagte Herr v. Hülsen. Aus der Ferienpause der Lehrerschaft ergeben sich auch Schwierigkeiten für die Jugendpflege der Schulklassen, deren Jugendklubs in dieser Zeit oft ohne Leitung sind.

Man sieht, wie die in der Jugendpflege tätige Lehrerschaft sich geradezu danach drängt, unter den Einfluß des Jungdeutschlandbundes zu kommen. Sie wird sich hoffentlich nicht wundern, wenn ihre Jugendpflege nur noch als ein Hilfsmittel der Agitation des Jungdeutschlandbundes betrachtet wird.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung.

Secretariat: Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 L. Fernsprecher: Amt Rorichplatz 14 629.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes findet die Ordentliche Generalversammlung des Verbandes am Sonntag, den 15. Juni, in den Germania-Pracht Sälen, Chausseest. 110, statt.

Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Kassendbericht, Bericht der Revisoren. 2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers, der Revisoren und der weiblichen Vorstandsbereitigen, sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktionäre des Verbandes. 3. Anträge der Kreiswahlvereine.

Die Besetzung der Generalversammlung erfolgt durch Delegierte. Nach dem Beschluß der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung vom 10. November 1912 ist auf 150 Mitglieder ein Delegierter zu wählen. Demnach haben in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Verbandsstatuts die einzelnen Wahlkreise folgende Anzahl Delegierte zu entsenden:

Table with 2 columns: Wahlkreis, Anzahl Delegierte. Includes entries for 1. Wahlkreis (10), 2. (31), 3. (15), 4. (128), 5. (18), 6. (164), Zeltow-Weeslow (190), Niederbarnim (99).

Summa 640 Delegierte

Sitz und Stimme haben ferner: Die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten resp. Kandidaten der Kreise Groß-Berlins, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Zeltow-Weeslow und 3 Gemeindevorsteher resp. Stadtverordnete von Niederbarnim.

Vorläufig eingegangene Anträge:

Sechster Wahlkreis:

Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen:

1. An Stelle des historischen Kalenders ist ein praktischer Wandkalender herauszugeben.

2. Für den „Vorwärts“ ist das Wochenabonnement zum Preise von 25 Pf. pro Woche einzuführen. Das Monatsabonnement ist jedoch beizubehalten.

Zeltow-Weeslow:

Um eine möglichst großzügige Reorganisation der Partei Groß-Berlins durchzuführen, wird der Zentralvorstand Groß-Berlins beauftragt, der nächsten Verbandsgeneralversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die acht Wahlkreise Groß-Berlins zu einem einheitlichen Bezirksvereine zusammenzulegen sind.

Die Generalversammlung beschließt, daß die Zahlabende beibehalten werden, um die Kleinarbeit erledigen zu können.

Zur Aufklärung der Mitglieder und Agitation unter den und noch Fernstehenden sind Bezirksversammlungen abzuhalten.

Den Leitern der Zahlabende ist mehr Material zwecks besserer Ausgestaltung derselben zu übermitteln.

Um die Fluktuation unter den Mitgliedern einzudämmen, ist die Hauskassierung durchzuführen.

Niederbarnim:

Ueber die Höhe der Entschädigungen bei Delegationen zu Parteitagungen, Kongressen usw. entscheidet die Verbandsgeneralversammlung. — Sämtliche bei diesen Tagungen gegen Entgelt tätigen Genossen sind bezüglich der Entschädigung den Delegierten gleichzustellen.

Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, findet eine allgemeine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt.

Parteilosen! Die bei den Landtagswahlen gesammelten Erfahrungen müssen im Interesse der Organisation ausgenützt werden; deshalb ist es notwendig, daß sich jeder Genosse und jede Genossin an der Flugblattverbreitung und an der Agitation beteiligt.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zweiter Wahlkreis. Heute Sonntag, vormittags von 9-12 Uhr, findet in folgenden Lokale die Urwahl des Vorstandes und der Kommissionsmitglieder für Groß-Berlin statt: Wicker, Steinmeyerstraße 96; Orlowski, Lügenstr. 108; Witte Augustin, Oranienstr. 103; Schröder, Markgrafenstr. 102; Reufner, Wödemstr. 93; Vorsefeld, Kollwitzstr. 29; Romack, Gütshiner Straße 66; Mehle, Manufer 75; Kurath, Möllenhoffstr. 11; Arndt, Radmannstr. 5. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Wir machen nochmals aufmerksam auf die heute stattfindende Urwahl für den Vorstand und die Kommissionen. Die Wahllokale sind im Inlerat vom Sonnabend bekanntgegeben. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr und endet mittags 12 Uhr. Der Vorstand.

Vorsigwalde-Wittenau. Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, findet in den Vorsigwalder Festsälen eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die letzten Vorgänge im Gemeindeparlament. 2. Die in Aussicht stehenden Kirchensteuern. 3. Diskussion. Referent: Stadtverordneter Genosse Dr. A. Bernstein. Am Dienstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekanntesten Lokale aus.

Berliner Nachrichten.

Im Zeichen des Verkehrs.

Der gesteigerte Verkehr in den großen Straßenzügen Berlins hat verschiedene Maßnahmen erfordert, um besonders belastete Straßen zu entlasten. Diese Maßnahmen sind verschiedener Art. Zunächst wurden große Straßendurchbruchprojekte entworfen und beschossen, um den Verkehr, insbesondere von der Leipziger Straße, abzulenken. Verschiedene von diesen Projekten sind in Ausführung begriffen. So der Durchbruch in der Verlängerung der Lindenstraße nach der Reußstraße, die Verbreiterung der Hollmannstraße und die Verlängerung nach der Charlottenstraße; die Verbreiterung der König- und der Landsberger Straße. Vornehmlich aber galt es, die stark belastete Leipziger Straße und den Potsdamer Platz zu entlasten. Die Polizei hat seit langen Jahren am Potsdamer Platz ein Verkehrskommando etabliert, um den Verkehr in gewissen Abständen zu regulieren. Eine kleine Besserung ist schon eingetreten, aber sie genügt noch nicht. Jetzt verlangt der Polizeipräsident die Ausführung der vor Jahren bereits beschlossenen Verbreiterung der Bellevuestraße, die infolge des seinerzeit erhobenen Protestes gegen die Entfernung der dort stehenden Kastanienbäume noch nicht zur Ausführung gekommen ist.

Der Verkehr hat sich in dieser Straße derart entwickelt, daß von einer ruhigen Wohnstraße keine Rede mehr sein könne. Schwierigkeiten bereitet bei einer Verbreiterung die Frage, was aus den dort stehenden Bäumen werden soll. Der frühere Gartendirektor Nüchtig hatte in einem Gutachten erklärt, daß die Bäume dem Untergang geweiht seien; sie seien zum Teil krank. Der jetzige Gartendirektor schränkt dieses Gutachten dahin ein, daß man das nicht von allen Bäumen sagen könne. Bei einer Verbreiterung der Bellevuestraße müssen aber die Bäume fallen. Die Tiefbaudeputation hat sich nun dahin entschieden, daß das Verlangen des Polizeipräsidenten, die Bellevuestraße zu verbreitern, berechtigt ist. Um aber Rücksicht auf den Baumbestand zu nehmen, wird geplant, den Fahrbaum zunächst auf 10 Meter zu verbreitern, Straßenland zu erwerben und neue Bäume anzupflanzen. Gedeihen diese, so könnte nach Verlauf von Jahren die Verbreiterung auf 15 Meter, wie ursprünglich vorgesehen, erfolgen, und die alten Bäume könnten, da Ertrag geschaffen, dann beseitigt werden. Bemerkenswert sei, daß eine Straßenordnung in Vorbereitung ist, nach der in bestimmten Straßen, besonders in der Leipziger Straße, Fuhrwerke in der Zeit zwischen 11 Uhr vormittags und 7 Uhr abends nicht halten und weder Waren entladen, noch solche aufnehmen dürfen. Eine tief in das Verkehrsleben einschneidende Bestimmung.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn muß wegen Ausdehnung der Kreuzungsanlagen auf dem Alexanderplatz an der Ecke Landsberger- und Alexanderstraße verschiedene Linien in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni von 2 Uhr an und in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni von 1 Uhr an umleiten. Linie 3, 68, 69 und 71 fährt dann Straußberger- und Friedenstraße, Königstor, Neue Königstraße, Alexanderplatz; 58 und 65 Paltienplatz, Taerstraße, Frankfurter Allee, Große Frankfurter, Straußberger Straße, Königstor, Neue Königstraße, Alexanderplatz; 11, 35 und 36 in der Stralauer Straße, Stralauer Straße, Kolonnenmarkt, Königstraße, Alexanderplatz, Alexander- und Münzstraße; 22 und 164 gehen vom Osten nur bis zur Ecke der Landsberger- und Alexanderstraße; 64 vom Westen bis zum Alexanderplatz, wo umgestiegen wird. In der Nacht vom 2. zum 3. Juni kommen für die Umleitung in Frage die Linien 11, 22 und 69, und in der Nacht vom 5. zum 6. Juni die Linien 3, 11, 22, 35, 36, 58, 65, 64, 164, 68, 69 und 71.

Seitler-Stiftung. Die Johann-Jacob-Seitler-Stiftung hat den Zweck, einmalige Unterstüßungen im Betrage von wenigstens 30 R.

an Weber und Stuhlarbeiter (damit sind gemeint: Weber, Birker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker) sowohl an Meister wie Gesellen zu gewähren, welche sich in Geldverlegenheit, namentlich wegen Zahlung der Wohnmiete befinden, sofern sie nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind. Bewerber müssen seit mindestens zwei Jahren in Berlin wohnen; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. Die Stiftung, welche unter Verwaltung der städtischen Stiftungs-Deputation steht, hat in diesem Jahre noch Geld zu Unterstüßungen zur Verfügung. Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthaltes in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter vierzehn Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststraße 16 I, zu richten.

Der Dank des Kaisers. Der Kaiser hat in einem Schreiben an Magistrat und Stadtverordnete für die Glückwünsche und die herzliche Teilnahme der Berliner Bürgerschaft bei der Bekehrung seiner Tochter vielmals gedankt. Im Rathause herrscht darüber große Freude.

Ein schweres Gewitter

ging gestern über Berlin und die Vororte nieder. Blitz und Donner folgten in kurzen Abständen. In zahlreichen Fällen schlug der Blitz ein, ohne aber erheblichen Schaden anzurichten. Die niedergehenden Wassermassen führten große Ueberschwemmungen herbei. Die Berliner Feuerwehr wurde 40mal alarmiert. Die meisten Klammere liefen aus dem Osten und Norden Berlins ein, wo zahlreiche Keller-überschwemmungen eingetreten waren. In der Zeit von 5 1/4 bis 8 Uhr waren fast alle Köschzüge der Feuerwehr unterwegs und immer noch wurde aus allen Gegenden telefonische Hilfe verlangt. Zwischen Rügen- und Lohringstraße stand das Wasser über einem halben Meter hoch auf der Straße. Durch diesen See mußten nun Straßenbahnwagen und andere mit Pferden bespannte Fuhrwerke ihren Weg nehmen. Zahlreiche Männer zogen Stiefel und Strümpfe aus und watenen, vielfach mit Kindern auf dem Rücken, durch die Wassermengen. Auch der Verkehr war zeitweise unterbunden.

In der Schönhauser Allee war stundenlang der ganze Verkehr unterbunden. Hinter dem Bahnhof Hof das Wasser stromartig durch die Wischer- und Schibelfeiner Straße in der Richtung nach dem Arnimplatz, mehrfach die Kellerräume der Häuser füllend. Vor dem Bahnhof war es besonders schlimm in der Gegend des Exerzierplatzes. Dort mußten die Pferde eines Berufsagens ausgepannt und unter den Viadukt der Hochbahn geführt werden. Autos retteten sich durch den Weg übers Krottoir. Schließlich blieben aber doch eine Anzahl Autodroschken und mehrere Motoromnibusse der Linie 9 mitten im Wasser stecken, weil sie Wasser in die Maschinen bekommen hatten. Die Passagiere mußten wegen des Wassers, das weit über die Achsen hinwegreichte, auf die Sitze flüchten. Bald standen auch die Straßenbahnen in langer Reihe. Die Motoromnibusse vermochten dann auf einem Umwege den Verkehr wieder aufzunehmen. Sie fuhrten durch die Buchholzer Straße und die Pappelallee, wo sie zwar ebenfalls auf Wasser stießen, das jedoch leichter zu überwinden war. An mehreren Stellen mußte auch die Feuerwehr die Keller leerpumpen.

Noch schlimmer als Berlin ist Weixensee heimgesucht worden. Ein Drittel von Weixensee stand über eine Stunde unter Wasser. Der Schaden läßt sich heute noch gar nicht überschauen. Meldungen über Menschenverluste sind nicht eingegangen. Auch aus Reinickendorf, vom Gesundbrunnen und aus Blödensee wurden abends Gewitterschäden gemeldet.

Auch in Lichtenberg richtete das Gewitter Unheil an. Leider fiel ihm auch ein Menschenleben zum Opfer. In der Wolfsgangstraße erschlug der Blitz das 5jährige Kind eines Koblegers, das dort kurz vorher mit anderen Knaben gespielt hatte. Die Leiche wurde von der Polizei nach vergeblichen Wiederbelebungsversuchen in Verwahrung genommen. Fast gleichzeitig schlug der Blitz in die Gärtnerei des Obergärtners F. Rudolf an der Ecke der Vornitz- und Kuchelstraße in den Schornstein und entzündete einen Keiselloffer u. a., ohne Personen zu schädigen. Der Brand konnte noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden. Das Unwetter hat in den dortigen Gärtnereien großen Schaden verursacht. In der Frankfurter Chaussee, nahe der Ringbahn, hat sich das Pflaster gesenkt und ist an einigen Stellen von den Wassermengen aufgerissen. An der Ringbahn stand das Wasser um 6 Uhr noch einen Meter hoch, so daß kein Fuhrwerk passieren konnte.

Zwei große neue Volksschulbaueinstellen sollen nach einem Beschluß des Berliner Magistrats am Petersburger Platz 4 neben der Pfingstkirch- und Schönhauser Allee 79, an der Ringbahnstation, errichtet werden. Zu diesem Zweck sollen die beiden Grundstücke erworben werden. Gleichzeitig soll die Volksschulbaueinstalt in der Gartenstraße umgebaut und erweitert werden.

Ueber die Einsprüche gegen den Plan der Nord-Südbahn werden die Aufsichtsbehörden demnächst Beschluß fassen, der den Antragstellern zugestellt werden wird. Wie schon früher mitgeteilt, sind die meisten der nördlichen und östlichen Vortortgemeinden, welche den Plan bemängelten, nicht als „Beteiligte“ im Sinne des Eisenbahngesetzes anzusehen, ihre Einwendungen sind trotzdem geprüft, aber aus sachlichen Gründen zurückgewiesen worden. Die Berichtermeldung, nach welcher der Einwand Schönebergs, betreffend die Tunnelkreuzung in der Französischen Straße, dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Entscheidung vorgebracht werden soll, entspricht nicht den Tatsachen.

Staatsanwälte und Richter bei den Polizeihunden. Die Teilnehmer am Lehrkursus für Gefängniswächter besuchten gestern nachmittags unter Führung ihres Leiters, des Geh. Oberjustizrats Plaschke, die bei Grünheide (Erkner) belegene Zuchtanstalt für Polizeihunde. In derselben werden auch die Beamten ausgebildet, welche mit den Polizeihunden zu arbeiten haben. Ein Beamter der Anstalt hat in dieser eine kleine Dienstwohnung. Es stehen für die Zwecke der Hundebredress große Übungsplätze zur Verfügung. Die gefristige Vorführung hat — was die kriminellen Aufgaben der Polizeihunde anbetrifft — arg enttäuscht. Wohl bewahren die Tiere die genommene Witterung, sie wissen sie aber nicht individuell zu verteidigen, d. h. sie gehen der ihnen angewiesenen Spur, sofern diese noch frisch ist, nach, weichen von dieser aber sehr leicht ab, sobald diese die Spur eines anderen Menschen spitzwinklig kreuzt, der sich in ungewohnter Richtung bewegt hat.

Vom Fischschlag getroffen wurden gestern infolge der ungewöhnlich großen Wärme zwei Personen. An der einfachen Poppel auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee fand man den 51 Jahre alten Pantoffelmacher Theodor Liebenau, der ohne Wohnung war, tot auf. Ein Arzt stellte fest, daß er einem Fischschlage erlegen war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. — In das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt werden mußte der 62 Jahre alte Schlosser Emil Walter aus der Schwedter Straße, der ebenfalls infolge eines Fischschlages schwer erkrankt war.

Briefkasten der Redaktion.

Die Justizliche Sprachschule findet Lindenstr. 69, zwei vier Treppen...

reiben. 3. Ba. 4. Rein. - Stargard. In der Stadt ist es nicht...

wein mit pulverisiertem Schwefel, Oest und Joder, oder auch heisses...



Gebr. Lewandowski

56 eigene Spezial-Corsetgeschäfte in allen Stadtteilen Berlins und im Deutschen Reiche.

Corsets

Neueste Modelle fürs Frühjahr:

Thekla M. 2.90 | Molly M. 4.75 | Komet M. 6.75 | Grazia M. 8.75

moderne lange Form in rosa, lilä, blau | extralange moderne Form, kräftiger naturfarbiger Drell, la Einlage | elegante hüftenlose Form, mit Extra-Vorderschnürung, geblümter Jacquardstoff in allen Farben | tiefschnürende elegante Form, Satindrell in allen Farben, la waschbare Einlage, mit 4 Strumpfhaltern

Corsets nach Maß in vollendeter Ausführung



In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Magerkeit

schwindet durch Hauke's Nährpulver 'Thalassia'...

Petershagen

Neu erschlossene Gelände, beginnend ca. 7 Min. v. Bahnh. Frodersdorf...

Wanderkarten

hält stets vorräthig Buchhandlung Vorwärts

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß...

Freischmidt, prakt. Arzt, Charlottenburg, Berliner Str. 107.

J. Baer, Badstr. 28, Ecke Prinz-Allee, Herren- und Knaben-Moden...

Harburg-Elbe.

In unserer Neubau Druckereigebäude und Gewerkschaftshaus...

Herrenkonfektion.

Kuch eignet sich das Lokal zur Eröffnung eines Cafés...

Verlag des Volksblatt (H. Baerer & Co.)

Garbáty Cigaretten für Qualitätsraucher

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (außerhalb 2 fettgedruckte Worte)...

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen...

Verkäufe. Teppiche, farbfehlende, spottbillig, Gardinen, Vorhänge, Stoppdecken...

Wohnungsbau. Monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß...

